

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 75 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsabonnent 8,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenposttarif 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungswelt und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend
23. Juli 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstischkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Et. O. u. Disk.-Gef., Depostentf., Jerusalemstr. 65/66.

Heimannsberg frei!

Beschuldigungen gegen ihn zusammengebrochen. — Auch Carlbergh frei. — Major Encke noch in Haft.

In später Abendstunde wird bekannt, daß
Polizeioberst Heimannsberg und der Char-
lottenburger Reichsbannerführer Carlbergh aus
der Militärhaft in Moabit wieder entlassen
worden sind. Dagegen soll Polizeimajor Encke noch
in Schutzhaft behalten werden.

Die amtliche Meldung.

Der Militärbefehlshaber für Berlin und Branden-
burg teilt mit:

„Aus Kreisen der Schutzpolizei war dem Militär-
befehlshaber am 21. Juli 1932 dienstlich gemeldet wor-
den, daß der Polizeimajor Encke im Einvernehmen mit
dem Polizeikommandeur Heimannsberg und Herrn Carl-
bergh die Wiedereinsetzung des Polizei-
kommandeurs Heimannsberg in sein bis-
heriges Amt auf geschicktem Wege betriebe.

Auf Grund dieser Anzeige wurden die drei Ge-
nannten am frühen Morgen des 22. Juli in
Schutzhaft genommen.

Die Untersuchung, die sich über den 22. Juli hinge-
zogen hat, hat ergeben:

Die Ermittlungen gegen den Polizeimajor Encke
geben Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Ver-
folgung. Er verbleibt in Schutzhaft.

Dem Polizeikommandeur Heimannsberg konnte
die Teilnahme an den Bestrebungen des Polizei-
majors Encke nicht nachgewiesen werden. Polizei-
kommandeur Heimannsberg hat betont, daß er solche Be-
strebungen unter allen Umständen ablehnen würde. Der
gegen Herrn Carlbergh bestehende Verdacht hat sich
nicht ausreichend bestätigt.

Die beiden Lehrgenannten wurden aus der Schutzhaft
entlassen.“

Wie zu erwarten war, ist Oberst Heimannsberg aus der
Haft entlassen worden, weil ihm keinerlei Schuld nach-
gewiesen werden konnte!

Welchen Eindruck es hervorrufen muß, daß ein ver-
dienter Offizier vom höchsten Rang mitten in der Nacht
verhaftet wird, um am Abend wieder freigegeben zu werden,
weil alle Anschuldigungen gegen ihn völlig beweislos sind, —
das können die Verantwortlichen sich hoffentlich selbst vor-
stellen!

Es ist in den letzten Tagen genug geschehen, was dem
Ansehen Deutschlands nicht förderlich gewesen ist!
Es ist jetzt an der Zeit zu bedenken, daß das Ansehen Deutsch-
lands in der Welt nicht weiter beeinträchtigt werden darf!

Was war in Moabit?

Die abermalige Verhaftung des Polizeikommandeurs
Heimannsberg und die militärische Inhaftnahme des
Polizeimajors Encke, der beim Kommando der Schutz-
polizei amtiert, und des Charlottenburger Reichs-
bannerführers Carlbergh hat die Erregung in Berlin
weiter geschürt.

Die Angehörigen der Verhafteten schwebten in völliger Unge-
wissenheit. Dafür aber konnten die Behördenpäpste und Geruchsträger
besto eifriger „arbeiten“. Die Säberpresse, die sich den Ansehen
gibt, als ob sie besonders gute Beziehungen zum Wehrkreis-
kommando habe, erzählt dieses Geschichtchen, das wir wörtlich
zitierten, um seinen Unsinn aufzuzeigen:

Nachdem Heimannsberg sich am Mittwoch schriftlich ver-
pflichtet hatte, alle Amtshandlungen zu unterlassen, hielt er sich
in seiner Dienstwohnung im ehemaligen Polizeipräsidium
Schöneberg auf. Er trat von dort aus in Verbindung mit dem
Polizeioberst Stelle, dem Führer der Polizeigruppe Süd, der
der Sozialdemokratischen Partei angehört. Die Unterhaltung
zwischen Heimannsberg und Stelle soll aber nicht in Zu-
sammenhang stehen mit dem Vergehen, das Heimannsberg
jetzt zur Last gelegt wird.

Es wurde festgestellt, daß Heimannsberg Beziehungen
zu dem Polizeimajor Encke, der im Kommando der Schutzpolizei,

Abteilung IIa, Dienst tat, unterhielt. Ende wiederum stand
in Verbindung mit dem Reichsbannerführer Carlbergh.
„Man gewann so den Eindruck“, daß Heimannsberg auf dem Um-
wege über die sozialdemokratisch gesinnten und im Reichs-
banner organisierten Schutzpolizeibeamten Berlins und das
Reichsbanner zu Kundgebungen zu seinen Gunsten veran-
lassen wollte. Was unter diesen „Kundgebungen“ von Seiten
Heimannsbergs und Enckes zu verstehen ist, wird die Unter-
suchung, die noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß ge-
langen dürfte, ergeben. Heute morgen in aller Frühe wurden
deshalb Heimannsberg, Encke und Carlbergh festgenommen.
Gleichzeitig wurden die Wohnungen von Heimannsberg und
Encke durchsucht. Während bei Heimannsberg nichts gefunden
wurde, fand man in der Wohnung des Polizeimajors Encke
einen Brief, der angeblich Heimannsberg, Encke und Carl-
bergh schwer belastet.

Nach diesen „authentischen“ Mitteilungen mit ihrem „soll“ und
„werden“ folgt dann unvermittelt, daß Heimannsberg (und doch auch
wohl die beiden andern?) vor ein auf Grund der Ausnahmeverord-
nung zu errichtendes — Sondergericht, gestellt werde, das in
kürzester Frist ihn aburteilen solle.

Die Haftentlassung Heimannsbergs und Carlberghs zeigen, was
von dem Gerücht übrig bleibt!

Provokation durch Gerüchte.

Hütet euch vor wilden Gerüchtemachern.

Gestern wurden im ganzen Reich wie in Berlin eine
Reihe der unsinnigsten Gerüchte systematisch verbreitet. Diese
Gerüchte sind — hier und da in etwas veränderter Form —

Severing im Rundfunk.

Am Sonnabend vor der Wahl spricht Carl Severing
im Rundfunk.

In der letzten Woche vor der Wahl werden im Rundfunk Ver-
treter der politischen Parteien zu den Rundfunkhörern sprechen.
Die Reihenfolge der Redner ist nach der Stärke der Parteien be-
stimmt. Den Anfang macht am Montag der Christlichsoziale Volks-
dienst, ihm folgen das Landvolk, die Staatspartei, die Bayerische
Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei, die
Deutschnationalen, das Zentrum, die Nationalsozialisten und die
Sozialdemokratische Partei. Für die Sozialdemokratische Partei war
Otto Wels als Redner vorgesehen. Otto Wels hat Carl Seve-
ring jedoch gebeten, für ihn die Rundfunkrede zu übernehmen.
Severing hat sich dazu bereit erklärt. Er spricht am 30. Juli von
19.00 bis 19.25 Uhr. Die Rede wird über den Deutschlandsender
gehalten und auf alle Sender übertragen.

in einer großen Anzahl deutscher Großstädte aufgetaucht, sie
haben zum Teil auch ihren Weg in die Presse gefunden.

Seit gestern morgen wurde hartnäckig immer wieder be-
hauptet, daß der Bundesführer des Reichsbanners, Genosse
Höstermann, verhaftet worden sei.

Ein weiteres Gerücht, daß der „Schwäbische
Merkur“ wiedergibt, behauptet, am Donnerstag sei auf
dem Flughafen Tempelhof ein Sturmoogelflugzeug von
Reichswehr am Start gehindert worden, dabei sei ein Koffer
mit geheimem Aktenmaterial beschlagnahmt worden.

In Hamburg tauchte dies Gerücht in der Form auf,
daß Genosse Orzelski auf einem Sturmoogelflugzeug zu
flüchten versucht habe, aber daran verhindert worden sei.

Ebenso war in mehreren Großstädten das Gerücht ver-
breitet, daß in Berlin schwerste Straßenkämpfe stattgefunden
hätten.

Alle diese Gerüchte sind erlogen!

Solche Gerüchte dienen der Erzeugung von Verwirrung
und von Panikstimmung, sie werden zum Teil offenkundig
verbreitet, um die Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten zu ver-
leiten! Der Belagerungszustand und die Erregung, die er
heroorgereufen hat, bilden einen günstigen Nährboden für
solche Gerüchte. Es ist höchste Zeit, daß der Belagerungs-
zustand verschwindet!

Vor allem aber: achtet auf Provokateure, die wilde Ge-
rüchte in die Welt setzen!

Hakenkreuz — Lügenkreuz!

Die Hungerdiktatoren leugnen die Wahrheit.

Die Hungerdiktatoren von der NSDAP
bestreiten mühselig die Echtheit des gestern morgen von uns
veröffentlichten Dokuments, das ihnen endgültig die Mäste
vom Gesicht reißt. Sie wollen immer noch dem Volke vor-
lügen, daß sie mit dem Hungerdiktat nichts zu tun hätten,
sie wollen ableugnen, daß sie das Volk bei Hungerlöhnen
in ein Zuchthaus pressen wollen!

Wir hatten nichts anderes erwartet als diesen Ab-
leugnungsversuch! Schamloser als die Partei der Notverord-
nungsjaden hat noch niemals eine Partei das Volk zu be-
trügen gesucht — aber noch niemals auch konnte
Volksbetrüger so gründlich die Mäste vom
Gesicht gerissen werden! Sie haben zunächst zu
leugnen versucht, daß sie das Kabinett Papen tole-
rieren, sie haben eine Scheinopposition gegen die Hitler-
Notverordnung zu markieren gesucht, als sich der Zorn der
Betrogenen gegen sie erhob. Sie haben mit einseitigen
Verfügungen die Wahrheit zu vergewaltigen gesucht — bis
mit Keulenschlägen ihre Ableugnungsversuche niederge-
schmettert wurden! Die dokumentarischen Beweise, die das
Zentrum für die Nazikoalition mit Papen beigebracht hat,
das Zeugnis des Genossen Löbe, der sich auf die höchste Stelle
im Reich berufen kann — sie sind unwiderleglich!

Wie die bissigen Hunde wehren sie sich gegen die Wahr-
heit — aber umsonst!

Ihre Methode heißt: leugnen mit eiserner Stirn, sich die
Wahrheit Stück für Stück entreißen lassen, wenn die Lüge
zusammenbricht!

Die Hungerdiktatoren in den Notverordnungsjaden be-
streiten jetzt die Echtheit ihrer eigenen programmatischen Ent-
würfe, sie verleugnen ihre eigenen Ziele!

Das haben sie schon einmal versucht — bei den Bog-
heimer Dokumenten! Bei jenen Dokumenten des
Mordes und des Hungers, die aus demselben Geiste geboren
sind wie das Dokument, das wir gestern veröffentlicht haben.
Damals haben sie erst Fälschung geschrien, dann haben
sie über Spiegelsarbeit gezetert, später zogen sie sich
auf Privatarbeit unverantwortlicher Personen in der
Partei zurück, für die die Reichsleitung nicht verantwortlich
sei — und als einige Zeit verlossen war, da priesen sie Ge-
sinnung und „Verantwortungsbewußtsein“ der Leute, die
diese blutigen Dokumente verfaßt hatten und gaben ihnen
höchste Ehrenämter in der Partei!

Sie werden diesen Weg auch gehen gegenüber dem Do-
kument, das wir gestern angeprangert haben! Wenn das
Volk sich nicht gegen sie wehren würde, so daß ihnen die
Macht zufiele, so würden sie hohnlachend diese verruchten
Pläne in die Wirklichkeit umsetzen, die sie heute noch ab-
leugnen, weil ihr böses Gewissen den Urteilspruch des
Volkes fürchtet!

Denn dies Dokument ist Geist vom Geiste der Bogheimer
Dokumente!

Die Hungerjuppen, mit denen Dr. Best, der Bogheimer
Verschwörer, das Volk füttern wollte, und die 60 Pfennig
Almosen, die das Berliner Dokument den Arbeitslosen hin-
werfen will, sind gleich barbarisch.

Die Unterwerfung der Bevölkerung unter die blutige
Diktatur von Hitlers Bürgerkriegsbanden, die das Bog-
heimer Dokument androhte, und die Besetzung Berlins durch
eine volksfeindliche Bürgerkriegsarmee nach dem Berliner
Dokument — sie zeigen den gleichen Grad von Sadismus
gegen das eigene Volk!

Was soll dieser Ableugnungsversuch? Sind nicht die
gravierendsten Gedankengänge des Berliner Dokuments, die
dreifachen Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und ihre
Lebenshaltung in den parteioffiziösen Schriften und Pro-
grammen der NSDAP zu finden? Die Beschimpfung des

deutschen Arbeitsvolks, die Verhöhnung der Erwerbslosen, die Behauptung, daß die Sozialversicherung die Arbeiterchaft korrumpiere und zur Trägheit erziehe — sind sie nicht ähnlich kraß in der Programmschrift des Dr. Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrats der RSDAP., zu finden?

Wir dulden nicht länger den Volksbetrug der Nationalsozialisten! Wir zeigen dem Volke, wer sie sind!

Borghelmer Dokument: Bürgerkrieg und Terror, Beschlagnahme aller Lebensmittel, Hungerjuppen, Kartensystem, Zwangsarbeit!

Berliner Dokument: Löhne vom Jahre 1900, statt Sozialversicherung 60 Pfennig pro Tag, für Frauen überhaupt nichts, statt Arbeitslosenhilfe Zwangsarbeit, Gewerkschaftsverbote, SA-Terror!

Je lauter sie „Fälschung, Fälschung“ schreien, um so unbarmherziger werden wir sie anprangern und die Wahrheit verbreiten!

Die Wahrheit ist:

Die Notverordnungen wollen den Zuchthausstaat für die Arbeiter!

Die Notverordnungen wollen als Hoffunde der Kapitalisten und der Scharfmacher gegen die Arbeiter dienen! Die Notverordnungen wollen die Arbeiterrechte rauben, die Sozialversicherung zerschlagen, die Arbeitslosen dem Hungertode preisgeben!

Denkt an die 60 Pfennig! Denkt an die Löhne von 1900!

Fort mit den braunen Verfassern der Borghelmer und Berliner Dokumente!

**Wehrt euch! Wehrt euch am 31. Juli!
Wählt Liste 1!**

Neue Bluttat in Schlesien.

Ein Reichsbannermann von Nationalsozialisten getötet, vier verletzt. — Ist das die neue Ordnung?

Dunzlau, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Heute abend verübten Nationalsozialisten einen Sturm auf das Gewerkschaftshaus. Bei der Abwehr wurde ein Reichsbannermann getötet, vier weitere schwer verletzt.

Ich darf mir ergebnis erlauben.

Papen schreibt an Kerrl.

Reichskanzler von Papen hat, wie WLB. meldet, an den Präsidenten des Preussischen Landtags das folgende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Von den Darlegungen Ihres Schreibens vom 18. Juli d. J. über die politische Situation in Preußen habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Die Reichsregierung hatte seit längerer Zeit mit wachsender Besorgnis die Frage geprüft, ob in dem größten der deutschen Länder die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit gewährleistet sei. Infolge der Ereignisse der letzten Zeit war sie zu der Überzeugung gelangt, daß die Zustände in Preußen ein Eingreifen des Reiches dringend erforderten. In dieser Überzeugung hatte ich namens der Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten den Erlaß einer Verordnung vorgeschlagen, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen wiederherstellen soll. Ich darf mir ergebnis erlauben, auf diese inzwischen vom Herrn Reichspräsidenten erlassene und im Reichsgesetzblatt vom 20. Juli 1932 veröffentlichte Verordnung zu verweisen. Ich hoffe, daß die Maßnahmen der Reichsregierung zur baldigen nötigen Wiederherstellung geordneter Zustände in Preußen führen werden.

Mit dem Ausdruck ausgezeichnetster Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

gez. von Papen.

Man darf Herrn von Papen bestätigen, daß der wiederholte Ausdruck der Ergebenheit in diesem Falle keineswegs bloß eine Höflichkeitsformel ist.

Beamtensturz am Ateg.

Zahlreiche Umbefehungen im Polizeipräsidium.

Im Berliner Polizeipräsidium sind am Freitag von den neuen Gewalthabern eine ganze Reihe von Umbefehungen verfügt worden.

In den politischen Referaten wurden die sozialdemokratisch verdächtigen Beamten durch bürgerliche Elemente ersetzt. Die auf diese Weise frei gewordenen Beamten wurden hauptsächlich unpolitischen Referaten zugeteilt.

Ein Gruß nach Stuttgart.

Distaturdrohung auch für Süddeutschland.

Heute findet in Stuttgart die Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder mit Herrn v. Papen statt. Zu dieser Besprechung richtet das Stahlhelmorgan, die „Kreuzzeitung“, folgenden Gruß nach Stuttgart:

„Die Entwicklung der letzten Jahre verlangt gebieterisch die Ablösung des bisherigen demokratisch-parlamentarischen Systems durch eine soldatische Diktatur, die dem deutschen Volke den Weg zur Gesundung aufzwingt und zugleich für die überparteilichen Kräfte unangreifbar ist. Was die Reichsregierung in Preußen begonnen hat, muß sie durchführen im ganzen Reich, denn fast in allen Ländern sitzen „geschäftsführende“ Regierungen, die nicht dem Volkswillen entsprechen und durch die Unfähigkeit des Parlamentarismus nicht von neuen Regierungen abgelöst werden können. Wir stehen in einer Übergangszeit, wenn die Übergangszeit nicht zur Untergangszeit werden soll, so muß eine harte Führung sein, die die Reste des Alten beseitigt und dem Neuen zum Durchbruch verhilft.“

Papen als Reichskommissar für ganz Süddeutschland — das ist eine ebenso schöne Begrüßung wie die Forderung der Militärdiktatur für ganz Deutschland.

Ueberwachungsausschuß tagt.

Sozialdemokratie beantragt: Zurückziehung des Reichskommissars und Aufhebung des Belagerungszustandes. — Papen wird am Montag erscheinen.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags trat am Freitag nachmittags 3 Uhr unter dem Vorsitz des ältesten Mitgliedes, des Abgeordneten Heimann (Soz.), zusammen. Von den 28 Mitgliedern waren 18 anwesend, nicht erschienen waren die Vertreter der Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Landvolkes.

Vorsitzender Heimann erklärte, daß er nach den bekannten Vorgängen dem Ersuchen des Reichstagspräsidenten, die Ausschusssitzung einzuberufen, gerne gefolgt sei, da er die Auffassungen des Präsidenten vollkommen teile und diese Auffassungen seiner eigenen Praxis als Ausschussvorsitzender entspreche.

Der Ausschuß habe sich zunächst einen zweiten Vorsitzenden zu wählen. Als solcher wird Abgeordneter Dr. Hoegner (Soz.) vorgeschlagen und vom Ausschuß gewählt.

Von Lindener-Wildau (Konservative Volkspartei) wird die Frage auf, ob die Einberufung der Sitzung gesetzmäßig erfolgt sei und ob der Ausschuß rechtmäßige Beschlüsse fassen könne.

Reichstagspräsident Löbe nimmt Bezug auf seinen Briefwechsel mit dem Ausschussvorsitzenden Sträßer und betont, es sei natürlich eine Unmöglichkeit, daß ein Ausschussvorsitzender entgegen dem Willen der Mehrheit des Ausschusses das Zusammenkommen des Ausschusses verhindere. Nach der Geschäftsordnung des Reichstages habe der Präsident die Geschäfte des Reichstages zu regeln, und so habe er sich für verpflichtet erachtet, das älteste Mitglied des Ausschusses um die Einberufung zu ersuchen. Das sei ordnungsmäßig geschehen.

Abg. Wegmann (Z.) weist darauf hin, daß der Ueberwachungsausschuß in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen sei, damit er während der reichstagslosen Zeit die Politik der Regierung kontrolliere.

Eine solche Kontrolle sei nie nötiger gewesen als gegenüber der gegenwärtigen Regierung, die im Parlament keinerlei Stütze hat.

Es komme hinzu, daß diese Regierung Maßnahmen getroffen habe von einer unerhörten Härte, zu denen eine Stellungnahme der Volksvertretung oder des an ihre Stelle tretenden Ausschusses unbedingt notwendig sei. Er sei dem Reichstagspräsidenten dankbar dafür, daß er diese Möglichkeit geschaffen habe.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erinnert daran, daß der Ausschussvorsitzende Sträßer auf das Verlangen nach Einberufung des Ausschusses zunächst erklärt habe, er wolle zuerst sehen, ob sich eine Mehrheit dem Verlangen anschließen könne. Nachdem diese Mehrheit festgestellt war, habe Sträßer nach einem anderen Absehungsgrund gesucht und erklärt, der Ausschuß sei nur dazu da, zu verfassungswidrigen Maßnahmen der Regierung Stellung zu nehmen. Diese Auffassung entspreche nicht den Bestimmungen der Reichsverfassung. Der Ausschuß solle vielmehr die gesamte Tätigkeit der Regierung kontrollieren.

Es stehe fest, daß Sträßer die Einberufung des Ausschusses sabotiert und so die Mitglieder des Ausschusses an der Erfüllung ihrer Pflichten gehindert habe.

Abg. Torgler (Komm.) meint, Sträßer wolle nur die Regierung Papen vor der Kritik schützen. Im übrigen richtet der Redner Angriffe gegen die Sozialdemokratie.

Von Lindener-Wildau (Kons. Volkspartei): Vor zwei Jahren habe der Ausschuß beschlossen, daß er nicht befugt sei, Beschlüsse mit der gleichen Rechtsfolge zu fassen wie das Plenum. Sollte jetzt eine gegenteilige Auffassung vertreten werden, so würde er an den Verhandlungen nicht teilnehmen können. Es widerspreche dem Sinn der Reichsausschussauflösung, wenn man neun Tage vor den Neuwahlen eine Entscheidung vorwegnehmen wolle, die nur dem neuen Reichstag zustiehe. Deshalb habe er sich persönlich gegen die Einberufung des Ausschusses ausgesprochen.

Abg. Breitscheid (Soz.): Wir beabsichtigen, die Rechte zu vertreten, die uns die Verfassung zuweist. Der Vergleich mit den früheren Notverordnungen ist nicht haltbar.

Die Regierung Brüning legte ihre Notverordnungen dem Parlament vor, aber die Regierung Papen hat den Reichstag heimgeschickt, um sich ihm nicht stellen zu müssen, und gerade darum ist es nötig, daß der Ausschuß tagt.

Abg. Wegmann (Z.): Wir haben nicht 9 Tage, sondern schon 6 Wochen vor der Wahl die Einberufung des Ausschusses verlangt. Es war das nötig angesichts der ungeheuren Schwere der Maßnahmen, die die neue Regierung getroffen hat.

Es wird durch Abstimmung festgestellt, und zwar mit allen Stimmen gegen die Stimmenthaltung des Abg. Lindener-Wildau, daß die Einberufung rechtmäßig erfolgt sei.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dr. Hoegner (Soz.) wird

Die Faust hoch!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steht mit allen Gliederungen geschlossen in der Eisernen Front. Die politische Marschlinie ist vorgezeichnet. Der 31. Juli muß erweisen, daß der Stimmzettel stärker ist als jede Gewalt.

Kameraden! Hütet euch vor Spitzeln und politischen Agenten! Niemand anders als die Bundesleitung hat das Recht, im Namen des Reichsbanners zu sprechen! Von uns darf der Vorwand zur Verschiebung und Verhinderung der Wahl nicht geliefert werden.

Aller Zorn und alle Empörung über das der preußischen Regierung Braun-Severing-Hirtleifer angetane Unrecht darf unser Handeln nicht beirren!

**Am 31. Juli ist Wahltag!
Die Faust hoch!
Freiheit für Deutschland!
Freiheit in Deutschland!**

Berlin, den 22. Juli 1932.

Die Bundesleitung.
I. A.: gez. Höltermann.

zunehmend in die Beratung des folgenden, von dem Abg. Pfeleger (Bayern. Sp.) gestellten Antrages eingetreten:

„Der Ausschuß wolle beschließen, der Vorsitzende, Abgeordneter Sträßer, wird wegen grober Verletzungen seiner Pflichten als Vorsitzender abgesetzt.“

Die Neuwahl eines Vorsitzenden wird ausgesetzt, bis die nationalsozialistische Fraktion dem Ausschuß einen Vorschlag für einen neuen Vorsitzenden unterbreitet.“

Der Antragsteller begründet den Antrag mit dem Hinweis auf das Verhalten Sträthers, das eine schwere Pflichtverletzung darstelle. Der turnusmäßige Anspruch der nationalsozialistischen Fraktion auf den Vorsitz in diesem Ausschuß bleibe unberührt, die Wiederbelegung des Amtes könne erfolgen, wenn die Fraktion einen neuen Vorsitzenden vorschlage.

Abg. Lindener-Wildau (Kons. Sp.) wünscht von einem solchen Beschluß abzusehen. Seit 60 Jahren habe der Reichstag darauf verzichtet, einen Präsidenten oder Ausschussvorsitzenden abzusetzen. Man wisse nicht, welche Konsequenzen sich daraus ergeben könnten.

Präsident Löbe: Unter dem Präsidenten Wallraf sei bereits einmal ein Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten auf dessen Wunsch für zulässig erklärt und zur Abstimmung gebracht worden. Er persönlich habe bisher den gleichen Standpunkt vertreten, der letzte Reichstag habe aber einmal einen Mißtrauensantrag als unzulässig abgewiesen. Was solle jedoch werden, wenn sich ein Vorsitzender jahrelang weigere, einen Ausschuß einzuberufen.

Abg. Wegmann (Z.): Wir haben auch im Rechtsausschuß bereits einen solchen Fall gehabt und beschlossen, den Abgeordneten Grant II als Vorsitzenden abzusetzen.

Der Antrag Pfeleger wird hierauf gegen die Stimme Lindener-Wildaus und bei Stimmenthaltung der Abgg. Drewitz (Wirtsch.-P.) und Weber (Staatsp.) angenommen. Hierauf kommt eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Notverordnungen beziehen, zur Beratung und zwar ein Antrag der sozialdemokratischen Ausschussvertreter.

„Die Notverordnungen:

1. vom 20. Juli 1932 betr. Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen;
 2. vom 20. Juli 1932 betr. Verhängung des Ausnahmezustandes für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg;
 3. vom 28. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen;
 4. vom 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen;
 5. vom 14. Juni 1932 über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe usw.;
 6. vom 14. Juni 1932 über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung.
- find außer Kraft zu setzen.“

Ferner ähnliche Anträge der Kommunisten und Anträge des Zentrums, in denen an die Regierung das Ersuchen gerichtet wird, bestimmte Notverordnungen aufzuheben bzw. zu ändern. Vorher stellt jedoch Abg. Wegmann den Antrag, die Regierung zu ersuchen, an den Beratungen des Ausschusses teilzunehmen.

Abg. Lindener-Wildau wünscht, daß der Ausschuß zuerst prüft, ob er Beschlüsse mit Rechtsfolgen fassen könne.

Abg. Breitscheid erwidert, darauf läme es im Augenblick nicht an, der Ausschuß, der übrigens die Befugnisse eines Untersuchungsausschusses habe, kann nach der Verfassung jederzeit das Erscheinen der Regierung verlangen.

Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß auch Anträge zur Beratung stehen, in denen Wünsche an die Regierung gerichtet werden, ebenso verweist Abg. Wegmann darauf, daß Anträge vorliegen, in denen

von der Regierung die Sicherung der Wahlfreiheit verlangt werde.

Abg. Torgler (Komm.) meint, der Abg. Lindener-Wildau scheine bereits als Regierungskommissar anwesend zu sein. Vielleicht sei ihm im Herrenklub der Auftrag erteilt worden.

Abg. Lindener erklärt, er sei weder als Regierungsvertreter anwesend, noch sei er seit Wochen im Herrenklub gewesen, noch auch habe er mit irgendeinem Vertreter der Regierung über die zur Beratung stehenden Fragen sich besprochen.

Ein Antrag, der unter Bezugnahme auf die Verfassung das Erscheinen des Reichskanzlers, des Innenministers und des Reichswehrministers im Ausschuß verlangt, wird gegen die Stimme von Lindener-Wildau angenommen. Darauf tritt eine Pause ein, um der Regierung von diesem Beschluß Mitteilung zu machen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung um 4 1/2 Uhr lag folgender Brief des Staatssekretärs Dr. Brand an den Reichstagspräsidenten Löbe vor:

Sehr geehrter Herr Präsident! Nach einer mir soeben zugegangenen telephonischen Mitteilung hat der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung beschlossen, die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers, des Herrn Reichsinnenministers und des Herrn Reichswehrministers zu verlangen. Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers beehre ich mich, hierzu mitzuteilen, daß die Mitglieder der Reichsregierung bereit sind, sich an den Beratungen des Ausschusses zu beteiligen, soweit der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses hält. Ich darf demgemäß darum bitten, mir mit künftiger Beschleunigung die Anträge zuzuleiten, deren Beratung der Ausschuß beabsichtigt.

Da der Herr Reichskanzler im Begriff ist, zu einer schon seit einiger Zeit angesetzten Konferenz der Ministerpräsidenten zu verreisen und der Herr Reichsinnenminister Berlin bereits verlassen hat, wäre der Herr Reichskanzler sehr dankbar, wenn ihm und den anderen Herren Reichsministern die Einladung zu der Sitzung so rechtzeitig zuginge, daß er mit Sicherheit an ihr teilnehmen in der Lage ist.

Reichstagspräsident Löbe verlas im Ausschuß diesen Brief und erklärte dazu, aus diesem Schreiben gehe hervor, daß auch die Reichsregierung das Recht des Ausschusses, zu berufen und Beschlüsse zu fassen und die Rechtmäßigkeit seiner Einberufung nicht anzweifeln.

Abg. Wegmann (Z.) fragte, welche Gründe/der Reichswehrminister für sein Nichterscheinen geltend mache.

Abg. Breitscheid (Soz.) erklärte,

daß sich der Ausschuß unmöglich von der Regierung Bedingungen vorzuschreiben lassen könne,

unter denen diese an der Sitzung teilzunehmen bereit sei. Offensichtlich sei nur eine Verzögerung der Ausschussberatungen bezweckt.

Der Ausschuss lehnte es einstimmig ab, der Reichsregierung das Zugeständnis zu machen, ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig zu machen. Neue Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ergebnis, daß Herr v. Papen erklären ließ, er werde zu dem festgesetzten Termin am Montag erscheinen, ohne Bedingungen zu stellen.

Vorher hatte es noch ein Zwischenpiel gegeben. Die Zentrumvertreter stellten fest, daß sie die Aufhebung der Notverordnungen nicht auf Grund des Artikels 48 der Verfassung forderien, sondern nur ganz allgemein die Regierung um die Zurückziehung ersuchten. Sie konnten kaum anders vorgehen, nachdem sie im Jahre 1930 die Auffassung vertreten hatten, daß der Ueberwachungsausschuss nicht befugt sei, Aufhebungen von Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 zu verlangen.

Die Sozialdemokratie ließ durch den Abgeordneten Breitscheid erklären, daß sie ihrerseits an der Zuständigkeit des Ausschusses, gestützt auf den Artikel 48 vorzugehen, festhalte, das heißt also, daß nach ihrer Meinung eine Verfassungsverletzung vorliegt, wenn die Regierung einem sich auf den Artikel 48 berufenden Verlangen nicht entspreche.

Neulich äußerte sich auch der Abgeordnete Pfleger von der Bayerischen Volkspartei. Aber wie dem auch sei, jedenfalls hat der Reichskanzler sich zunächst dem Beschluß des Ausschusses unterworfen, und er ist bereit, ohne Bedingungen an seinen Verhandlungen teilzunehmen.

Was den Meinungswechsel des Herrn von Papen herbeigeführt hat, mag dahingestellt sein. Jedenfalls bedeutet sein Verhalten, daß er sich die verfassungswidrigen Auslegungskünste der Nationalsozialisten nicht zu eigen macht und daß er seine Pflicht anerkennt, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Damit ist keineswegs ein Lob für den Reichskanzler ausgesprochen; er handelt diesmal so, wie es die Verfassung vorschreibt. Der Ausschuss selber hat sich das Verdienst erworben, den Mann an der Spitze der Reichsregierung nachdrücklich und mit Erfolg an seine Pflicht erinnert zu haben. Jetzt bleibt nur abzuwarten, welche Stellung das Kabinett zu dem am Montag zu fassenden sachlichen Beschluß des Ueberwachungsausschusses einnehmen wird.

Ein Aufsatz der „Morningpost“.

Aus dem Englischen übersetzt:

I. ins Nationalsozialistische:

„Hitler, Garant für Friede und Ordnung“
Ausländische Pressestimmen zu den Vorgängen in Preußen.

Als das (!) treffendste aller englischen Kommentare zu dem Vorgehen gegen Seegering muß das der „Morningpost“ bezeichnet werden. Das Blatt hebt hervor, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich in erster Linie gegen die kommunistische Gefahr richten.

Die Ereignisse beleuchteten den Mangel an Autorität im heutigen Deutschland. Eine Absicht, die Verfassung zu ändern, braucht man in ihnen nicht zu sehen, denn diese sei in den letzten zwei Jahren bereits tot gewesen. Viele Monate lang habe Brüning mit geringer Achtung vor dem Parlament regiert. Die Diktatur liege in der Luft. Wenn Hitler ans Ruder komme, so würde dies vielleicht der schnellste Weg zu Frieden und Ordnung sein.

(„Nationalpost“ 22. 7.)

II. ins Deutsche:

... Aber es gehört schon eine tüchtige Vergewaltigung selbst des Artikels 48 dazu, um die gegenwärtigen Maßnahmen mit verfassungsmäßigen Gründen zu rechtfertigen. Denn es ist schwierig, sich der Schlussfolgerung zu entziehen, daß Herr v. Papens Regierung in erster Linie für die Notlage verantwortlich ist, die zu heißen Herr v. Papen sich jetzt ernannt hat. Indem sie nicht nur das Verbot der Rasttruppen aufgehoben hat, sondern die Länder gezwungen hat, diese zügellosen Banden zu dulden und den Regierungen der Länder damit die Aufgabe auferlegt hat, die daraus entstehenden Ausschreitungen zu bändigen, hat die Reichsregierung selber alle Vorbedingungen für die Unruhe geschaffen. Die Reichsregierung hat zweifellos wieder einmal unter dem Zwang und der Rötigung der Hitlerbewegung gestanden und gehandelt, wie in fast allen ihren inneren Regierungshandlungen in der kurzen Spanne ihrer Existenz. Aber das unterstreicht nur die Schwäche und das Schwinden der Autorität im heutigen Deutschland. ... Der schnellste Weg zu Frieden und Ordnung würde wahrscheinlich die Ergreifung des Steueruders durch Hitler sein, wodurch bald das unbekannte Ausmaß seiner politischen — im Gegensatz zu seinen nur demagogischen — Fähigkeiten auf die Feuerprobe gestellt werden würde.

(„Morningpost“ 21. 7.)

Die „Nationalpost“ ist das Erfahrungsblatt für den verbotenen „Angriff“. Die „Morning Post“ ist das konservative Blatt Englands.

Deutschland in Genf isoliert.

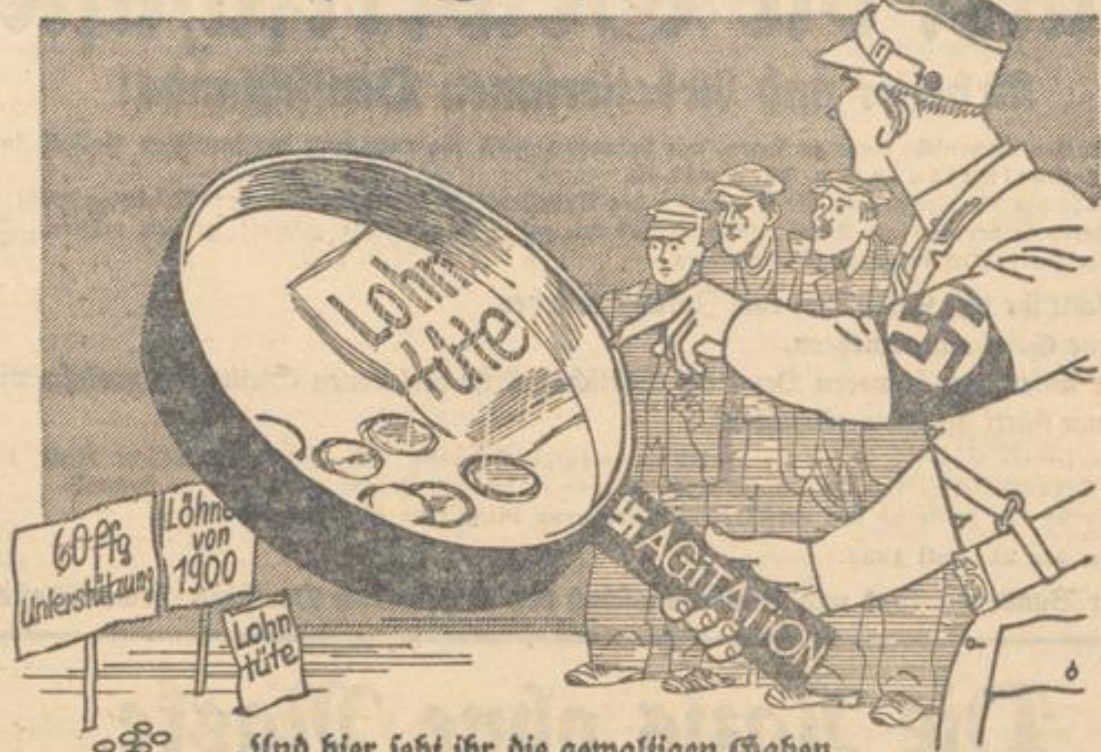
Auch England scharf gegen Deutschlands Standpunkt.

Genf, 22. Juli. (Eigenbericht.)

In der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat die deutsche Regierung am Freitag anlässlich der Aussprache über die Verlagerungsentscheidung eine Erklärung abgegeben lassen, welche die Ablehnung der weiteren Teilnahme Deutschlands an der Konferenz androht, wenn bis zum Wiederzusammentritt die Anerkennung der Gleichberechtigung nicht gesichert sei. Ueber die Anwendung dieses Grundgesetzes mit den beteiligten Regierungen zu verhandeln, sei die deutsche Regierung sofort bereit. Botschafter Radolny kündete die Verlagerungsentscheidung ab. Sir John Simon sprach mit einer auffallenden Schärfe gegen Deutschlands Haltung. Herriot lehnte Deutschlands Forderung ab mit dem Hinweis, daß sie erst durch die Garantie erledigt werden könne. Das Ergebnis dieser Papen-Affäre war die völlige Isolierung Deutschlands.

Am Verlauf der langen Vormittagsession hielt die gleiche Mehrheit von 30 Staaten, die am Donnerstag der Forderung Englands, Frankreichs und Amerikas beigetreten war, mit einer Ausnahme sämtliche Einzelteile der Resolution aufrecht. Nur der kanadische Antrag, die staatliche Waffen- und Munitionsherstellung in der Kontrolle der privaten Fabrikation einzubeziehen, wurde als einzige Änderung angenommen. Litwinow erklärte nach Ablehnung der prinzipiellen Anträge Russlands, daß er auf die Ablehnung der weniger wichtigen verzichte, da selbst deren Annahme der Sowjetdelegation keine Zustimmung zu einer solchen Resolution ermögliche. Nachdem alle fünf Teile der Resolution angenommen waren, erklärte Berichterstatter Beneš, daß der

Großer Illusionsakt.



„Und hier seht ihr die gewaltigen Gaben, die euch im Dritten Reich erwarten!“

Protesterklärung des Zentrums.

Die Preußenfraktion des Zentrums und der Zentrumsvorstand gegen Papen.

Die Zentrumskaktion des Preussischen Landtags teilt mit:

„Heute tagte die Zentrumskaktion des Preussischen Landtags gemeinsam mit dem geschäftsführenden Vorstand der preussischen Zentrumspartei, um zu den unerhörten Vorgängen in Preußen Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

„Am 20. Juli wurde Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für Preußen bestellt. In dieser seiner Eigenschaft hat Herr v. Papen den preussischen Ministerpräsidenten und den Minister des Innern ihres Amtes enthoben, den übrigen Kabinettsmitgliedern die Ausübung ihres Amtes gewaltsam unmöglich gemacht.

Die Gründe, mit denen der Reichskanzler v. Papen diese unerhörten, in der Geschichte des deutschen Volkes beispiellosen Eingriffe in die verfassungsmäßigen Einrichtungen des größten deutschen Bundes zu rechtfertigen versucht hat,

können in keiner Weise als stichhaltig anerkannt werden.

Sollten wirklich einzelne höhere Funktionäre des preussischen Staates sich Pflichtwidrigkeiten schuldig gemacht haben, so war es unzweifelhaft die Pflicht der Reichsregierung, vor jedem unmittelbaren Eingreifen ihrerseits hierpon die preussische Staatsregierung amtlich in Kenntnis zu setzen. Ein solcher Schritt der Reichsregierung ist nicht erfolgt.

Herr v. Papen war also nicht berechtigt, in seiner Rundfunkrede vom 20. Juli zu behaupten, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der SPD. zu treffen.“

Wenn Herr v. Papen weiterhin geltend macht, daß durch die Schuld der einzelnen Parteien den Kommunisten im Preussischen Landtag eine Schlüsselstellung verschafft worden sei, so haben schon die Vorgänge bei der Wahl des preussischen Landtagspräsidenten mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß dieser Vorwurf jedenfalls die Regierungsparteien nicht trifft. Vielmehr haben diese das Anerbieten der kommunistischen Landtagsfraktion abgelehnt, mit ihrer Hilfe das Landtagspräsidium ausschließlich mit Mitgliedern des Zentrums und der SPD. zu besetzen.

Ebenso wenig kann das Vorgehen der Reichsregierung damit gerechtfertigt werden, daß der Landtag die ihm verfassungsmäßig obliegende Neuwahl des Ministerpräsidenten bisher nicht vorgenommen hat.

Es dürfte ihr nicht unbekannt sein, daß zwischen Nationalsozialisten und Zentrum auf Vorschlag der ersteren Ueber-einstimmung darüber bestand und besteht, daß diese Wahl erst nach den Reichstagswahlen vorgenommen werden soll.

Im übrigen muß festgestellt werden, daß in anderen deutschen Ländern geschäftsführende Regierungen seit langem im

Amt sind, ohne daß die Reichsregierung sich zu irgendwelchen Maßnahmen von Reichs wegen veranlaßt gesehen hätte.

Nach alledem bekräftigt die Zentrumskaktion des Preussischen Landtags mit allem Nachdruck, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 48 AV. vorliegen.

Weder hat das Land Preußen seine Pflichten aus der Reichsverfassung oder aus Reichsgeetzen nicht ordnungsgemäß erfüllt, noch ist durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb des preussischen Staatsgebietes gestört worden. Wenn seit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning die öffentliche Ordnung und Sicherheit in bedenklichem Maße gestört worden sind, so beschränkten sich diese Erscheinungen weder auf das Land Preußen, noch sind sie durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung verursacht worden.

Das öffentliche Gewissen des deutschen Volkes legt vielmehr diese beträchtlichen Vorgänge in seltener Einstimmigkeit den verhehlten Maßnahmen zur Last, die gerade das Kabinett von Papen getroffen und bis zum heutigen Tage zurückzuführen sich nicht veranlaßt hat.

Angeichts dieser Sachlage protestiert die Zentrumskaktion des Preussischen Landtags auf das entschiedenste gegen die empörende Behandlung, die der Reichskanzler v. Papen den bewährten Männern hat zuteil werden lassen, die, getragen vom Vertrauen der Zentrumskaktion, ihr hohes Amt übernommen und eine lange Reihe von Jahren hindurch unter schwersten Verhältnissen in gewissenhafter Pflichterfüllung gegenüber Volk, Staat und Reich verwaltet haben.

Dem Preussischen Landtag ist keine Gelegenheit gegeben worden, sich schützend vor die verfassungsmäßigen Rechte des Landes Preußen zu stellen. Die Zentrumskaktion wünscht indes keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß sie gewillt ist, nach dem Wiederzusammentritt des Landtags alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten zu erschöpfen, um ihrer vorkehend dargelegten Auffassung Geltung zu verschaffen.

Abrechnung am 31. Juli.

Der geschäftsführende Reichsparteivorstand des Zentrums trat, wie von Zentrumseite weiter mitgeteilt wird, in seinem heute gefaßten Beschluß dem „wohlbegründeten Protest der Zentrumskaktion des Preussischen Landtags“ vollauf bei. „Die Deutsche Zentrumspartei“, so heißt es in diesem Beschluß, „protestiert in aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen, die von parteilichen Einflüssen und nicht von sachlichen Notwendigkeiten diktiert sind. Die Deutsche Zentrumspartei wird nicht aufhören, Verwahrung einzulegen gegen eine Politik, die sie als verderblich bezeichnen muß, weil sie Land und Volk statt aus Unruhe und Not herauszuführen, zu dauernder Unruhe verurteilt. Der 31. Juli wird dem deutschen Volk Gelegenheit geben zu bekunden, daß es Politik will und nicht Abenteuer und fragwürdige Experimente ablehnt.“

Öffentlichkeit der Sitzungen des Büros während der Vertragspaufe nichts entgegenstehe.

Am Nachmittag begann

Radolny

die Aussprache über die Resolution mit der Feststellung, auch diese Konferenz sei eine solche für die Liquidation der Vergangenheit. Sie habe die Aufgabe, einen weiteren Abschnitt der Nachkriegsgeschichte zu beenden, der schon lange hätte abgeschlossen werden müssen. Die Ungeduld der Völker könne nicht das geringste greifbare Ergebnis wahrnehmen. Keiner der dazu geeigneten Vorschläge, weder der Hoovers, noch der Englands, Stalkens oder Sowjetrußlands habe der zähen Gegenwirkung der Verneinungskräfte Stand halten können. Das Verbot des chemischen Krieges sei bereits im Genfer Protokoll von 1925 ausgesprochen, die Bestimmungen über schwere Artillerie, Tanks und Bombenwürfe seien sehr problematisch, ebenso verpflichten die Bestimmungen über Herabsetzung der Landarmee zu nichts. Deutschland hätte trotz dieser unbefriedigenden Maßnahmen sich der Stimme enthalten können, wenn für die kommende Arbeit die Gleichberechtigung anerkannt worden wäre,

ohne die es niemals seine Unterschrift unter ein Abkommen werde setzen können.

Radolny verlas dann die Erklärung der Reichsregierung, die ihre Bereitschaft ausdrückt, auch weiter an den Arbeiten teilzunehmen, um mit aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinne des Artikels 8 der Völkervereinbarungen ein wirklich einschneidender Schritt in

Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan werde. Ihre Mitarbeit sei aber nur möglich, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolge. Die deutsche Regierung halte es nicht für möglich, daß bei dieser Ungleichheit über eine Grundfrage des Abrüstungsproblems erspriechliche Arbeit geleistet werden könne. „Soweit die einzelnen Fragen, die sich aus der Anwendung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung ergeben, der Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen Verhandlungen hierüber mit den beteiligten Staaten bereit. Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.“

Der Schluß der Aussprache und die Endabstimmung, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, wurde nach den ablehnenden Erklärungen Simons und Herriotics gegen die deutsche Auffassung auf Sonnabendvormittag vertagt.

Arbeiter-Ilustrierte-Zeitung wird beschlagnahmt. Der Militär-befehlshaber für Berlin und Brandenburg hat an das Polizeipräsidium das Ersuchen gerichtet, die „Arbeiter-Ilustrierte-Zeitung“ vom 10. Juli 1932 zu beschlagnahmen, da sie in den Straßen Berlins mit Flugblattverlagen, die die Aufforderung zum Generalstreik enthält, verteilt wurde.

Stärkt die Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

**Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,
neue Gefahren abwehren,
die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,
dann stärkt die Gewerkschaften!**

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Der Bundesvorstand und Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Nazis ohne Maske.

Ihre Pläne für die Machtergreifung.

Das Dokument, das der „Vorwärts“ gestern veröffentlicht hat und das die Pläne enthält, mit denen man sich in der Hedemannstraße beschäftigt, bestätigt eigentlich nur alles, was man von den Nationalsozialisten über ihre Absichten weiß. Man braucht nur ihre Literatur durchgehen, um auf jeder Seite dieselben Gedankengänge zu finden, die dort entwickelt werden. Gewiß gestehen sie das vor der großen Masse der Wähler und in ihren Zeitungen und Flugblättern nicht ein. Das hindert jedoch nicht die Nationalsozialisten, ihre urreaktionären Pläne zu verfolgen. Es ist deshalb keineswegs überraschend, daß in diesem Schreiben für den Fall der Machtergreifung

an nichts anderes gedacht wird, als an die Verklauung der Arbeiter, Angestellten und Beamten,

an die Unterdrückung der Gewerkschaften, an die Beseitigung der Sozialversicherung, an die Aufhebung der Beamtenechte und an einen allgemeinen beispiellosen Lohnraub, der noch weit hinausgeht über das, was die reaktionärsten Scharfmacher jemals öffentlich zu fördern gewagt haben.

Daß die Nationalsozialisten in erster Linie gegen die Gewerkschaften vorgehen würden, daß sie die Sozialversicherung, überhaupt die ganze Sozialgesetzgebung beseitigen würden, ist nur zu natürlich. Wenn die Großindustriellen, wenn die Großgrundbesitzer, die alle heute mehr oder weniger pleite sind, aus ihrer Konkursmasse immer noch und immer wieder ungezählte Millionen für die Nationalsozialisten aufbringen, dann bestimmt nicht, damit etwa an die Stelle der bisherigen Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Nationalsozialisten gesetzt werden. Rein! Wenn die Geldquellen, aus denen die nationalsozialistische Bewegung gespeist wird, immer noch fließen, so wollen die Geldgeber natürlich, daß sich das auch rentiert.

Der Feind für diese Geldgeber, das sind die Gewerkschaften, das sind die Tarifverträge, das sind die Arbeiter- und Beamtenechte, das ist das ganze „System“ des Schutzes der Arbeit,

das die Herrschaften gewöhnlich als „Marxismus“ bezeichnen. Ueber die wirklichen Ziele der sogenannten Nationalsozialisten besteht innerhalb der organisierten Arbeiterschaft auch nicht der geringste Zweifel. Deshalb haben sich auch die Organisationen in der Eisernen Front zusammengeschlossen, um den Abwehrkampf gegen die faschistische Gefahr zu führen und um gleichzeitig die großen Massen der Nachläufer der NSDAP. über die wahren Ziele der Faschisten aufzuklären. Das Dokument, das der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, ist in höchstem Maße geeignet, bei dieser Aufklärungsarbeit ausgezeichnete Dienste zu leisten. Die Nationalsozialisten haben

mit radikal schimmernden Phrasen

über „Brechung der Zinsknechtschaft“ und ähnliche die Hirne der hungernden Massen, des verzweifeltsten Mittelstandes und der unzufriedenen Beamtenschaft zu vernebeln gesucht. In dem Dokument, das der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, wird man aber vergebens auch nur eine Zeile finden, die sich mit Maßnahmen gegen die Ausbeutung und die Ausbeuter beschäftigt. Man plant wohl die Auflösung der Gewerkschaften, die Beseitigung der Gewerkschaftshäuser und der Zentren der Arbeiterbewegung, man denkt aber nicht daran, etwa gegen die „Bank- und Börsenfürsten“ auch nur das geringste zu unternehmen. Herr Frig Hoffen weiß schon, warum er sich für Hitler begeistert.

Um so notwendiger ist es, in diesen entscheidenden Tagen vor dem 31. Juli diese Tatsachen herauszustellen. Die schändlichen Nachläufer der Hitlerbewegung müssen darüber aufgeklärt werden, was ihnen blüht, wenn die Nazis zur Macht gelangen.

Beamten nur „unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilig oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt“ werden können. In einem ähnlich gelagerten Falle hat auch seinerzeit das Reichsgericht den vom nationalsozialistischen Minister Frick in den Wartestand versetzten Beamten zu ihrem Recht verholfen. Das Reichsgericht hat damals ausdrücklich festgestellt, daß die Beamten ein wohlverordnetes Recht darauf haben, nicht vorzeitig und nicht unter anderen als den gesetzlichen Formen ihres Amtes enthoben zu werden.

Der Bundesvorstand war sich in schärfster Beurteilung und in nachdrücklichstem Protest gegen die bisher noch nie erhörten Eingriffe in das Beamtenecht einig. Er erwartet von den Beamten, daß sie im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, im Interesse der Erhaltung des Berufsbeamtentums und im Interesse der Verhinderung schlimmer Parteivillkür bei Einlegung von Beamten am 31. Juli aus den Ereignissen die politische Konsequenz ziehen.

Disziplin und Entschlossenheit.

In Bereitschaft sein ist alles.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, charakterisiert die gegenwärtige Situation u. a. folgendermaßen:

„Große Teile der Arbeitnehmer jehen in der Reichsregierung die allergrößte Gefahr für ihre geistigen und ihre materiellen Güter. Der Gedanke des Widerstandes, ja des Widerstandes um jeden Preis, taucht auf. Die Kommunisten haben versucht, eine Generallstreikparole herauszugeben. Sie tragen diese Parole seit Jahren in ihrer Rocktasche. Sie war bisher stets ungefährlich. In diesem Augenblick der Hochpannung ist sie aber sehr gefährlich. Die Gewerkschaften treten deshalb der kommunistischen Generallstreikparole recht kräftig entgegen. Sie sagen: wenn schon Generallstreik, dann keinen auf Befehl der Kommunisten und nach kommunistischem Rezept. Die Arbeiterschaft könnte auch keine größere Torheit begehen, als sich jetzt in diesem Augenblick in einen Generallstreik zu stürzen. Der konkrete, alles mitreisende Anlaß dazu fehlt. Und es ist noch gar nicht ausgemacht, daß er kommt. Wir wollen es auch nicht hoffen. Ein Generallstreik würde im gegenwärtigen Augenblick gleichbedeutend mit einem Bürgerkrieg sein. Darüber muß Klarheit herrschen. Und diese Erkenntnis muß das Verantwortungsbewußtsein aller führenden Kräfte in der Arbeitnehmerbewegung auf das höchste steigern. Wie war es notwendig, Disziplin zu halten. Jede Winkelparole ist abzulehnen... Freilich dürfen die verantwortlichen Instanzen der Reichsregierung diese ruhige Disziplin der Arbeitnehmer nicht falsch deuten, wie das jetzt schon durch einen Teil der Presse geschieht. Die Vergangenheit hat noch stets bewiesen, daß im Augenblick der Gefahr die Gewerkschaften immer, auch von den unorganisierten Arbeitern, als Führung anerkannt werden. Die Gefahr einer Fehlbewertung gewisser Kreise, die gern das glauben, was sie wünschen, ist sehr groß. Die Folgen einer solchen Fehlbewertung mit einer entsprechenden reaktionären Handlung wären unübersehbar. Stürzende Lawinen sind durch nichts aufzuhalten.“

Damit hat der „Deutsche“ den Nagel auf den Kopf getroffen. SPD. und NSDAP. sind wieder einmal einig gegen die Gewerk-

schaften und die Sozialdemokratie, die, wenn man den Herrschaften glauben dürfte, „kapituliert“ hätten. Dieses weder neue noch tiefgründige Zusammenspiel (die „Zeit am Abend“ vermeldet sogar, ihren Lesern das vom „Vorwärts“ veröffentlichte Geheimdokument der Berliner Gauleitung an die Reichsleitung der NSDAP. auch nur andeutungsweise mitzuteilen!) — wird weder die Disziplin noch die Entschlossenheit der Arbeiterschaft erschüttern. Ob und wann die Arbeiterschaft zum entscheidenden Schlage ausstößt, darüber bestimmen ihre Organisationen und nicht deren Feinde.

Buchdrucker im Freiheitskampf.

Für die Wahl der Liste 1.

Die Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Donnerstag im Gewerkschaftshaus stand im Zeichen des Freiheitskampfes der Arbeiterschaft. Genosse Kurt Heinig hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung der Reichstagswahl für die Arbeiterschaft. Er zeigte die Ursachen auf, die zum Erstarken der Nationalsozialisten geführt haben. Was wir jetzt in Deutschland erleben, sei das Fazit der Uneinigkeit des Proletariats. Der Nationalismus sei die Folge der Reaktion von oben, die wieder zur Herrschaft drängt. Die Eisernen Front kämpft für die Lebensrechte der Arbeiterschaft. Deshalb müssen alle Kräfte für den Sieg der sozialdemokratischen Liste 1 angespannt werden. Am Schluß des Vortrages stimmte die Versammlung stürmisch in den Freitruß ein.

Der Geschäftsbericht des Gauvorsitzenden Braun hat sehr wenig Erfreuliches. Die Mitgliederzahl weist einen nur geringen Rückgang auf. Sie betrug am 1. April 15 487 und am 1. Juli 15 365. Diefelbe Folgeerscheinung der Krise zeigt sich in der Lehrlingsabteilung. Hier wurden am Ende des zweiten Quartals 1610 Lehrlinge gezählt gegen 1753 am Ende des ersten Quartals. Trotzdem herrscht unter den Lehrlingen reges Leben, was sich erst bei der in diesen Tagen unternommenen Hamburg-Fahrt gezeigt hat.

Das trübste Kapitel ist natürlich die Arbeitslosigkeit. Am 1. April waren rund 6700 Mitglieder ohne Beschäftigung. Die Zahl beträgt nach der Feststellung am 15. Juli 5667. Mit besonderem Dank erkannte Genosse Braun an, daß durch freiwillige Beiträge noch in Arbeit stehender Mitglieder für den Notstandsfonds etwa 3000 Mark aufgebracht wurden, wodurch manche Rot unter den Arbeitslosen gelindert werden konnte. Das Vorgehen gegen die Druckerei der „Roten Fahne“ sei ein beispielloses Unrecht. Braun schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Versammelten, am 31. Juli die Liste 1 zu wählen, um die Erhaltung der Gewerkschaften zu sichern.

Nach kurzer Debatte wurde eine Resolution, die die Schließung der kommunistischen City-Druckerei als einen Eingriff in die Pressefreiheit verurteilt, gegen wenige Stimmen angenommen.

Braun machte dann einige Mitteilungen über das Ausscheiden der beiden Gauvorsitzenden und eines Sekretärs am Schluß des Geschäftsjahres. Es wurde eine Kommission gewählt, die die Neuwahl vorbereitet und Vorschläge zur Urwahl machen soll. Die Versammlung stimmte ferner einigen Aus-schlüssen wegen verbandschädigenden Verhaltens zu. Unter wiederholten Freitrußrufen verließen die zahlreich erschienenen Delegierten, die zum größten Teil die drei Pfeile trugen, den Saal.

Gegen Lohnabbau und Schutz Zoll.

Die Untersuchung einer landwirtschaftlichen Forschungsstelle.

Unsere Unternehmer sind daran gewöhnt, das Einkommen ihrer Arbeiter und Angestellten als einen Unkostenfaktor zu betrachten, den sie nach Möglichkeit senken müssen. Die zahlreichen und ernsten Mahnungen der Gewerkschaften, die immer wieder auf den engen Zusammenhang zwischen Massenkaukraft und Absatzmöglichkeiten hinweisen, sind gerade in den letzten Jahren ungehört verhallt. Der Einfluß der Interessenten in Industrie und Landwirtschaft hat sich zum Unsegen für die gesamte Volkswirtschaft immer stärker bemerkbar gemacht.

In diesem Zusammenhang ist die Veröffentlichung der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen sehr beachtlich. Es wird nämlich nachgewiesen, daß die im Interesse der Großagrarier erhobenen Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte bei sinkendem Volkseinkommen und erhöhter Eigenerzeugung ihren Wert verlieren, daß sie aber gleichzeitig zu einer Verminderung der industriellen Ausfuhr in diejenigen Länder führen, die durch diese Schutzpolitik vergrößert sind. Heute hängt jedenfalls nach diesen Untersuchungen der für landwirtschaftliche Produkte zu erzielende Preis vor allem von dem Einkommen der großen Masse ab. Das Einkommen des Landwirtes wird also in dem Maße vermindert, als sich das Einkommen der schaffenden Volksschichten vermindert. Wer dem Landwirt helfen will, muß also das tun, was die Gewerkschaften seit Jahr und Tag gefordert haben: Er muß für die Erhöhung der Löhne und Gehälter eintreten, er muß den Abbau der Schutzzölle fordern, die heute mehr denn je ein Hindernis für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens sind.

Die Untersuchungen der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen sind ein Warnruf, eine Mahnung zur Umkehr. Sie verdienen es, überall bekannt zu werden. Wir haben allen Grund, uns auf diese Erkenntnisse zu stützen, da sie das beweisen, was die Vertreter der Schutzpolitik und der Lohn- und Gehaltsabbau nicht wahr haben wollen: Wer zur Verleumdung der Arbeiter beiträgt, untergräbt das gesamte Wirtschaftsleben.

Die Nazisregierung, die Regierung einer dünnen Oberschicht, die heute im Reiche amtiert, wird nicht gewillt sein, die Forderungen aus diesen Untersuchungen zu ziehen. Daher muß alles getan werden, um ihr am 31. Juli zu beweisen, daß sie zu verschwinden hat.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute findet folgende Veranstaltung statt: Offen: Selbstfahrt nach Potsdam.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Spiele im Freien: Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldthain.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 20 Pf., Reklamazeile 2— Pf., kleine Anzeigen: das Setzgedruckte Wort 20 Pf. (unabhängig vom Setzgedruckten Wort) jedes weitere Wort 10 Pf., Reklametext 10 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 10 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentlich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geheimer Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Schriftf. G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Reppert; Lokales und Sonstiges: Fritz Rothbart; Anzeigen: H. Glöck; (amtlich in Berlin) Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin C.D. 68, Lindenstraße 1, Stern 1, Berlin.

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Die Bezirkskommissare beim Reichskommissar.

Nachdem der Reichsarbeitsminister die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt hat, wurden diese vom Reichskommissar vom 21. Juli zu einer ersten Dienstbesprechung nach Berlin zusammenberufen. Die Vorbereitungen für die weiteren Maßnahmen sind so getroffen, daß sofort nach dem Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen, deren Erlaß in den nächsten Tagen zu erwarten ist, der Ausbau in Angriff genommen werden kann.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stellt ihre Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung. Die beratende Mitwirkung der Verbände soll im Dienste der Sache ehrenamtlich erfolgen. Die technische Durchführung wird wesentlich in den Händen der öffentlichen Körperschaften sowie der sonstigen Träger der Arbeit liegen, denen die Maßnahmen zugute kommen; der Reichskommissar selbst wird nicht als Bauherr in Erscheinung treten. Er hat daher zunächst auch für die bereits zahlreich einlaufenden Angebote von Persönlichkeiten, die ihre Mitwirkung in der Verwaltung oder in der technischen Durchführung zur Verfügung stellen wollen, keine Verwendungsmöglichkeit.

Beamte in der Eisernen Front.

Kundgebung des ADB.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamten-Bundes befahte sich gestern unter Hinzuziehung der Vertreter aller ihm angeschlossenen Verbände mit den Eingriffen des Reiches in Preußen. Die Haltung der Bundesvertreter in der Konferenz der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurde einstimmig gebilligt. Darüber hinaus wurde erneut festgestellt, daß die freigewerkschaftlich organisierten Beamten fest in der Eisernen Front stehen, und Seite an Seite mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern und Angestellten die Verfassung verteidigen werden.

Bei der Erörterung der beamt-politischen Seite der Vorgänge wurde hervorgehoben, daß es sich nicht nur darum handle, ob Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ihres Amtes enthoben werden können, denn politische Beamte müssen sich bei anderen politischen Verhältnissen die Beteiligung in den Wartestand gefallen lassen. Wohl aber sei es fraglich, ob ein Reichskommissar befugt ist, Landesbeamte zu entlassen oder zu ernennen, da durch derartige Anordnungen rechtliche und finanzielle Auswirkungen für das betreffende Land entstehen. Das ist aber nicht allein eine beamt-rechtliche, sondern in erster Linie eine staatsrechtliche Frage, die jetzt dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorliegt. Einmütig wurde festgestellt, daß aber auf keinen Fall der Artikel 48 der Reichsverfassung eine Handhabe dafür gibt, einen Beamten willkürlich aus dem Amte zu entfernen. Durch den Artikel 48 kann nicht der Artikel 129 außer Kraft gesetzt werden, der festlegt, daß die

Freiheitsschwur der Jugend

Für den Sozialismus, für die Freiheit. — Erhebende Kundgebung im „Clou“.

Berliner Arbeiterjugend in Eiserner Front, geschart um das rote Banner mit den drei Pfeilen der Freiheit — das war Sinn und Inhalt der großen erhebenden Jugendkundgebung, die gestern im Clou in der Mauerstraße stattfand. Es war der Wille unserer Jungen gewesen, angesichts der Denkmäler unserer größten Geistesheroen unter freiem Himmel ihren Kampfwillen für Demokratie und Republik, für Freiheit, Recht und Sozialismus kundzutun. Die Maßnahmen der Regierung von Papen haben sie daran gehindert. Um so einmütiger, um so stärker, um so siegesgewisser proklamierte sie jetzt im geschlossenen Raum die Ziele ihres Strebens.

Sozialistische Arbeiterjugend, das Jungbanner im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, freie Gewerkschaftsjugend, AFA-Jugend, Arbeiterportjugend, — sie alle hatten sich zusammengefunden, sie alle stehen und streiten zusammen in der Eisernen Front. Dafür war der Fahneneinmarsch mit den Hunderten von roten und schwarzrotgoldenen Fahnen das prächtige Symbol. Ein ergreifender Anblick war es, als sich beim Einmarsch der Fahnen Tausende von Jugendlichen erhoben, als Tausende von Häupten sich zum Freiheitsschwur emporreckten. Das Lied von der jungen Garde, durch unsere unermüdete und trefflich geschulte SA-Kapelle intoniert, leitete die Kundgebung ein. Als der Vorsitzende Genosse Erich Schmidt darauf hinwies, daß diese Schwuräußerung niemals fiktional werden, durchbrauste minutenlang Beifall den Saal. Stürmische Freiheit-Rufe klangen auf, als Schmidt unserer Kämpfer Severing und Orzeszinski gedachte. Wir Arbeiter werden uns als viel stärker erweisen als die SA- und die SS-Leute Hitlers. So schloß er unter stärkster Zustimmung.

Das Mitglied des österreichischen Nationalrats, Genosse Ranih-Wien, nahm sodann mit Begeisterung begrüßt, das Wort zu einer klammernden Ansprache. Er überbrachte nicht nur den Kampfgruß der Österreicher, sondern die Wünsche des gesamten internationalen sozialistischen Proletariats. Trefflich kennzeichnete er den „Sozialismus“ der Nazis, der Generale, der Prinzen, der Großgrundbesitzer als Schwindel und Kurpfuscherei, und stürmische Heiterkeit erhob sich, als er fragte,

ob nicht der kaiserliche Vater dem Prinzen Kumi, wenn er ihm vor 20 Jahren gesagt hätte, er sei auch Sozialist, den prinziplichen Hintern vollgehauen hätte.

Mit freudiger Begeisterung nahm die Versammlung den Bericht des Genossen Ranih über den erfolgreichen Kampf unserer Wiener Genossen gegen die faschistische Gefahr auf. Von besonderer Bedeutung waren seine Ausführungen über die Lage in Oesterreich im Herbst 1930. Damals war der rechte Flügelmann der Christlich-sozialen Baugoin Bundeskanzler, und der Führer der reaktionären Heimwehr Fürst Starhemberg war Innenminister und Inhaber der Polizeigewalt. Am 9. November 1930 waren die Wahlen angelegt, aber die österreichische Reaktion hatte Furcht vor ihnen und suchte sie mit allen Mitteln zu verhindern. Sie zeigte die Arbeitererschaft, aber die Arbeitererschaft ließ sich nicht provozieren. In den Heimen des Proletariats suchte man nach Waffen, die Waffenslager der Reaktion aber ließ man ungeschoren. Unsere österreichischen Genossen behielten die Nerven, die Wahlen fanden statt und brachten der Regierung eine schwere Niederlage.

Sechs Tage später war das Kabinett Baugoin-Starhemberg weggepfegt.

Als dann zum Schluß Genosse Ranih auf den Tag hinwies, der uns ein freies sozialistisches Groß-Deutschland bringen wird, da brachen die Massen unserer Jugendlichen in begeisterte Freiheitsschreie aus, die ein unerschütterliches Gelächris waren.

Genosse Gattfurth vom Zentralverband der Angestellten wies auf die Generation hin, die 1914 achtzehn Jahre alt war und Deutschland verteidigte, um es 1932 einer Bande hitlerischer Abenteuerer zu überlassen. Mit scharfen Worten geißelte er den Plan einer Arbeitsdienstpflcht, die den Ungeist der Kaiserne wieder heraufbeschwäre. Stärksten Beifall fand er, als er auf die Arbeit der abgelehnten preussischen Regierung für die Schaffung einer republikanischen Polizei hinwies und ausrief:

„Wir kämpfen um die Seele der Polizeibeamten, damit die republikanische Polizei republikanisch bleibe!“

Auch seine Rede klang im Freiheitsschwur aus.

Spontan erhoben sich unsere jungen Kämpfer, als unsere Jungbannerguppen Freiheit für die Heimannsberg, Ende und Cariberg verlangten.

Die Vorführung einer Revue mußte auf polizeiliches Geheiß abgebrochen werden. Der Gesang der Internationale beendete die mitreißende Kundgebung.

Daß die Verordnungen der Papen-Regierung das Gegenteil von dem brachte, was sie wünschte, zeigten zwei große überfüllte Kundgebungen im 20. Kreis, Reinickendorf. Insbesondere die Wählerinnenkundgebung unserer Frauen im Strandischloß in Tegeel zeigte dies. In den äußerst belebten Straßen Tegels, besonders in den Abendstunden, wogte es von Abzeichen

der Freiheitsschwärmer. Auch auf den freien Plätzen Tegels und an der Strandpromenade zeigten sich unsere Frauen in ihrer neuen Kampftracht. Bis in den Garten des Strandischloßes hinein fanden die Versammelten und hörten den Ausführungen der Genossin Käthe Kern zu, die besonders eindrucksvoll die Stellung der Frau in dem geplanten Dritten Reich schilderte. Hans Bauer brachte wirkungsvolle politische Skizzen.

Am gleichen Geiste fand eine Kundgebung im „Hubertus“ in Schönholz statt. Genosse Harnisch referierte und ließ die letzten Ereignisse im Landtag lebendig Revue passieren, wobei er auf die anwesenden Kommunisten absolut keine Rücksicht nahm; sie hörten andächtig zu, als er ihr geradezu gemeinsames Verhalten gegen Braun und Severing geißelte. Unsere Hoffnungen für den Wahlkampf stehen in diesem Bezirk ausgezeichnet.

BBG-Personal für die Republik.

In den Betrieben der Berliner Verkehrs-Gesellschaft war von den Nazis das Gerücht verbreitet worden, daß die große Wahlkundgebung der Eisernen Front für das BBG-Personal nicht stattfinden würde. Wenn die Urheber der Lügenmeldung gestern den gestoppt vollen großen Versammlungsraum der Kammerfalle gesehen hätten, wären sie vor Reib erblikt. Die Veranstalter hatten für einen würdigen Rahmen gesorgt: der Sängerkor der Gesellschaft sang Kampflieder und Marika John rezitierte und beide fanden sehr viel Beifall. Genosse Crispian ging mit den nationalsozialistischen Volksverderbern ins Gericht; wie Keulenschläge klangen seine dokumentarisch belegten Anklagen auf die braune Brut nieder. Noch nie habe das Volk so schnell Gelegenheit gehabt, Gewaltmaßnahmen einer reaktionären Regierung mit dem Stimmzettel zu beantworten, wie es jetzt der Fall ist. Die moralischen Wirkungen, die von einem günstigen Wahlergebnis ausgehen, seien nicht hoch genug anzuschlagen, und deshalb täme es angesichts unseres Kampfes gegen die Hitlererei darauf an, Sozialdemokraten und noch einmal Sozialdemokraten ins Parlament zu schicken. Angesichts dieser Möglichkeit, mit der Papen-Regierung abrechnen zu können, sei die deutsche Arbeitererschaft, die in der Sozialdemokratie und in

den freien Gewerkschaften politisch geschult sei, nicht so dumm, gewissenlosen Demagogen zu folgen und den Nachhabern vor die Flinten zu laufen. Weil die Reichsregierung die Absicht hat, sich die Gunst ausländischer Kreditgeber nicht zu verherzen, deshalb wird sie auch die Wahlen stattfinden lassen. Genosse Crispian zeigte dann Hitler als Kostgänger des schwerindustriellen Kirdorf-Fonds und Goebbels als den Einpeitscher seiner braunen Gardes gegen die Eiserner Front, die nach seinen eigenen Angaben die Nazis in die Defensive gedrängt hat. Mit seinem begeisterten Appell an die BBG-Leute, den Kampf in der Eisernen Front, dieser wirklichen Einheitsfront, gegen die Hakenkreuzler zu führen, fand Crispian stürmischen Beifall.

„Nun erst recht!“

Die von der Hammerschaft des Bezirksamts Friedrichshain nach dem Böhmischem Braubaus, Landsberger Allee, einberufene und glänzend verkaufene Versammlung war völlig überfüllt. Sie fand vom ersten Augenblick an im Zeichen des „Nun erst recht!“. Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier fand in seiner Rede, in der er die Gewaltpolitik der Reichsregierung gegen das preußische Kabinett Braun-Severing scharf geißelte und die völlige Abhängigkeit des Freidokabinetts von den Nazis unter Beweis stellte, den stürmischen Beifall der Versammlung. Die Kampfbegeisterung der Versammlung fand durch stürmische Beifallskundgebung wiederholt ihren Ausdruck in dem einmütigen Willen, der Reaktion, die jetzt die Abrechnung am 31. Juli fürchtet, gründlich das Konzept zu verderben und sich durch keine Provokation von irgendwelcher Seite dazu hinreichen zu lassen, erwünschte Vorwände für eine hinausgeschobene Wahl zu liefern. Die in dem Geheimdokument der Nationalsozialisten ganz offenkundig zum Ausdruck gebrachten Gutsabsichten ließen den Referenten die Frage aufwerfen, wie denn die Reichsregierung sich eigentlich dazu stelle. — Ein Sprecher der Frauen des Kreises Friedrichshain in der Tracht und mit den Fahnen der „Eisernen Front“ mahnte zu Aktivität, Disziplin und Einigkeit. Eine Reichsbannerkapelle konzertierte. Stürmisch begrüßt nahm am Schluß der Versammlung noch der Bürgermeister Genosse Paul Riehl das Wort zu einigen anfeuernden Sätzen.

Das neue Abzählspiel der Kinder.

Ein Leser schreibt uns: Kürzlich sah ich mehrere Kinder in Alt-Stralau bei einem Abzählspiel. Die Kinder aber zählten so ab: „Deutschland erwache, Hitler loch Kaffee, Kaffee locht über, Hitler hat Fieber, Fieber geht weg, Hitler ist Dred.“ Kinder erkennen bekanntlich die Wahrheit zuerst!

Eiserne Front — trotz alledem!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

Sonnabend, den 25. Juli:

- 7. Kreis Charlottenburg. Abends 11½ Uhr Nachtvorstellung im Picadilly, Charlottenburg, Bismarckstr. 93. Vorführung des Films „Niemandland“. Referent Kurt Anker. Rezitationen Martha John. Karten zum Preise von 50 Pf. sind bei unseren Funktionären zu haben. Gäste willkommen.
- 122. Abt. Biesdorf. 19½ Uhr, Wählerversammlung in den Schillersälen, Biesdorf, Königstr. 120. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Franz Künstler, MdR.
- Gehörlose. 20 Uhr, Eiserne-Front-Kundgebung im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25. „Der Gehörlose und die kommende Reichstagswahl.“ Referent R. Bradow, MdL.
- AU-Arbeiter. 18½ Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Altersheim, Danziger Str. 62. „Unser Kampf um Freiheit und Brot.“ Referent Eduard Bernotat.

Sonntag, den 24. Juli:

- 8. Kreis Spandau. 16 Uhr, Gewerkschaftsfest in Löbells Karlslust, Hakenfelde-Spandau. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Otto Maier.
- 85. Abt. Tempelhof. 15½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Birkenwäldchen, Manteuffelstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Kurt Heinig, MdR. Konzert.
- 151. Abt. Bezirk Blankenfelde. 16 Uhr Kundgebung der Eisernen Front bei Tinus, Blankenfelde. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Albert Falkenberg.
- Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Gau Groß-Berlin. Vormittags 10 Uhr, in Kilems Festsälen, Hasenheide 13/15, große Protestkundgebung. Es spricht Verbandsvorsitzender Kollege Kurt Gäbler über das Thema: „Was haben die Arbeitsinvaliden von der jetzigen Regierung der Freiherren und Barone zu erwarten?“ Alle Arbeitsopfer und Rentenempfänger müssen zu dieser Kundgebung erscheinen.

Montag, den 25. Juli:

- 5. Kreis Friedrichshain. Ab 14 Uhr Frauentreffen im Saalbau Friedrichshain. Unterhaltung, Spiele für Kinder, Kaffeekochen, Musik, Vorträge. Ansprache des Genossen Franz Künstler, MdR.
- 6. Kreis Kreuzberg. 16 Uhr öffentliche Erwerbslosenkundgebung im Großen Saal des Schultheiß-Ausschanks, Hasenheide 24/31. „Für Arbeit und Brot“. Referent Hermann Harnisch, MdL.
- 69. bis 75. Abt. Wilmersdorf. 19½ Uhr im Kleinen Saal des Viktoria-Gartens, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114, Frauenwerbeveranstaltung. Kabarett der Volksbühne, Ansprache der Genossin Minna Todenhagen: „Unser Kampf für die Freiheit“, Rezitationen der Genossin Else Bradlich.

- 88. Abt. Lichtenrade. 19½ Uhr Wählerversammlung bei Rohrmann, Hilbertstraße 19. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Robert Breuer.
- 108a Abt. Köpenick. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Pirschel, Köpenick-Nord. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Gottlieb Reese.
- 140a Abt. Wittenau. 19½ Uhr öffentliche Versammlung bei Eberhardt, Wittenau, Lübarser Straße. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Richard Joachim.
- Mix & Genost. 16½ Uhr Kundgebung der Eisernen Front im Birkenwäldchen, Tempelhof, Manteuffelstraße 11/12. „Wer kann euch retten? Der Nationalsozialismus oder die Arbeit der freien Gewerkschaften?“. Referent Kurt Heinig MdR.
- Konsumgenossenschaft. 16½ Uhr in der Kantine, Lichtenberg, Rittergutstraße 24. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Otto Friedländer.
- Hamelsche Druckerei und Verlagsanstalt. 16 Uhr Betriebsversammlung bei Schulz, Levetzow-Ecke Jagowstraße. „Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft.“ Eintritt nur für Betriebsangehörige. Referent Georg Maderholz, MdL.
- Betriebsfraktion der sozialdemokratischen Arbeitnehmer bei den zentralen Verwaltungen. 19 Uhr im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40/41. Referent Bürgermeister Dr. Ostrowski.
- AOK der Stadt Berlin. 16 Uhr im Großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 25, öffentliche Betriebsversammlung. „Hitler und die Sozialversicherung“. Referent Karl Litke, MdR.
- Bamag. 16 Uhr, Kundgebung bei Scheunemann, Reuchlin-Ecke Kaiserin-Augusta-Allee. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Brinitzer.
- Gewerbliche Arbeitnehmer im Handelsgewerbe. Kundgebung der Eisernen Front. 19½ Uhr, Großer Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer. Ansprache des Bezirksleiters Otto Ortman, Fahnenweihe der Sturmflagge. Mitwirkende: Neuköllner Sängerkor, Rezitationen: Martha John.
- Kundgebung aller Ruhgeldempfänger der Berliner Kammereibetriebe, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke um 13 Uhr (mittags 1 Uhr), im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23. Tagesordnung: 1. Bericht über die Satzungsänderungen der Beiratsitzung. Referent: Kollege Zietemann. 2. „Die Notverordnung der Hitler-Papen-Regierung und ihre Auswirkungen auf die Rentenbezieher“. Referent: Kollege Schum.
- Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Kundgebung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Groß-Berlins um 17 Uhr (im Anschluß an die Arbeitszeit), in den Gesamträumen des Saalbau Friedrichshain (Saal und Garten), Am Friedrichshain 16/23. Tagesordnung: 1. „Unser Kampf gegen die Regierung Hitler-Papen“. Referent Franz Künstler, MdR. 2. „Nationalsozialismus und öffentliche Wirtschaft“. Referent Karl Polenske. Rezitationen: Martha John.

Sorgt für Massenbeteiligung!

Am Sonnabend und Sonntag: **Allgemeine Flugblattverbreitung** von den bekannten Stellen aus. Alle Genossinnen und Genossen, Reichsbannerkameraden, die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend und die Arbeitersportler beteiligen sich daran! Keiner darf fehlen!

Die Geschichte des Porzellans

Heute findet sich auch im ärmsten Haushalt Porzellan und verbreitet etwas von dem Glanz und dem Schimmer, der dieser edelsten und brauchbarsten Töpferware auch in ihrer Alltagsform eigen ist. Und doch ist es noch gar nicht lange her, daß das Porzellan eine kostbare Seltenheit war, die für teures Geld aus China bezogen wurde. Erst seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts gelang es in Europa, das Porzellan nachzuverfertigen, aber noch lange blieb das edle Gut Luxusware und Gegenstand der Repräsentation. Die fast abenteuerliche Geschichte des Porzellans, freilich nur in Europa, und in seiner europäischen Blütezeit, d. h. im 18. Jahrhundert, erzählt Friedrich H. Hofmann in einem Ergänzungsband der „Broschüren-Kunstgeschichte“, dieses kostspieligen und großartigsten Werkes, das damit bereits auf 23 Bände angewachsen ist (Das Porzellan der europäischen Manufakturen im 18. Jahrhundert, Eine Kunst- und Kulturgeschichte von Friedrich H. Hofmann).

Hofmann, früherer Konservator in München, ein besonderer Kenner des Porzellans und durch seine Kataloge und Spezialgeschichten bewährt, ist zwar kurz vor Erscheinen des Buches gestorben, aber hat den Text doch vollenden können. Er gibt in seinen mit etwa 600 Abbildungen, darunter vielen farbigen Tafeln, in allen modernen Reproduktionsarten hergestellt, nicht nur eine Kunstgeschichte der üblichen ästhetischen Art, sondern vielmehr eine Kulturgeschichte, die sogar die technischen und wirtschaftlichen Seiten des Porzellans zu erfassen sucht. Eine Wirtschaftsgeschichte des Porzellans im 18. Jahrhundert wäre darüber hinaus ein äußerst interessantes Kapitel aus der Frühzeit des Kapitalismus, das freilich noch nicht geschrieben ist und auch schwer zu schreiben ist. Das Porzellan ist zunächst im wesentlichen nur von den fürstlichen Manufakturen hergestellt worden, besonders Deutschland ist das klassische Land seiner Produktion gewesen. Jeder Fürst von einiger Bedeutung schuf sich seine Porzellanmanufaktur, damit das Geld nach mercantillistischer Auffassung im Lande bliebe. Aber dieser kostbare Artikel war doch im wesentlichen nur ein „Attribut des Glanzes und der Würde“. Und so sehr auch auf Export hingearbeitet wurde, so ist es doch fraglich, ob der Porzellantaumel wirklich Erträge gebracht hat. August der Starke von Sachsen hat jedenfalls viele Millionen für diese Leidenschaft verpulvert. Seine Manufaktur war wirklich der „porzellanene Schrottopf Sachsens“. Friedrich II. von Preußen mußte 1763 für 200 000 Taler die von ihm privilegierte Manufaktur übernehmen. Und so sehr er darauf aus war, ihre Produkte unterzubringen — jeder Jude, der in seinem Lande der sogenannten Religionsfreiheit eine Heiratskonzession brauchte, mußte für 600 Taler Porzellan kaufen —, ist doch anzunehmen, daß sie keine Ueberschüsse einbrachte. Die meisten fürstlichen Porzellanmanufakturen, deren Produkte heute unsere Museen füllen, sind denn auch wieder eingegangen.

Von all diesen Dingen erzählt Hofmann, wenn auch nicht in dieser zugespitzten Form. Er ist ja auch kein Rationalökonom, und die Sombartische Theorie, daß die Luxus- wie die Kriegsindustrien die Hauptförderer des Frühkapitalismus gewesen sind, ist ihm gewiß völlig fremd geblieben. Um so mehr bietet er aber über die europäische Vorgeschichte des Porzellans. Der italienische Reisende Marco Polo, der 1271 bis 1295 den fernen Osten bereiste, erwähnt zum erstenmal das chinesische Porzellan, das nach neueren Forschungen in den ersten Jahrhunderten unserer Ära erfunden wurde. Freilich, seine Berichte erschienen in Buchform erst 200 Jahre später. Inzwischen waren längst Proben des Porzellans zunächst als fürstliche Geschenke nach Europa gelangt. Später kamen sie als reguläre Handelsgegenstände, besonders seitdem die Portugiesen in eigener Schifffahrt den Handel mit dem Osten aufgenommen hatten. 1612 wird bereits berichtet, daß ein Schiff der Ostindischen Kompagnie aus Kanting 38 641 und 1615, daß ein anderes 67 057 Stück Porzellan nach Amsterdam gebracht hat. Enorme Summe flossen für die stets steigende Einfuhr nach dem fernen Osten, und es ist begreiflich, daß die fürstlichen Liebhaber ihre Luxusucht im eigenen Lande zu befriedigen versuchten. An

verschiedenen Orten ging man daran, Porzellan herzustellen, und man hatte auch teilweise Erfolge damit, wenn es auch nicht das harte und richtige Porzellan wurde. Die wirklichen Kacherin der des Porzellans in Europa sind der Goldmacher Böttger und der vielgerühmte sächsische Gelehrte von Tschirnhaus. Die Einzelheiten der Erfindung, die ganz unabhängig von China vor sich ging, werden nie mehr festzustellen sein. Immerhin scheint Hofmann im Recht zu sein, wenn er dem vielversöhnten Tschirnhaus den größten Anteil an der Erfindung zuweist. 1710 entstand in Meißen die erste europäische Porzellanmanufaktur. Sie ist das ganze 18. Jahrhundert in Durchführung geblieben, obwohl sehr schnell die geheim gehaltene Kunst sich durch die Kerkanten, d. h. die Kenner des Geheimverfahrens, über das ganze Europa ausbreitete und nun überall Manufakturen entstanden. Hofmann ist wohl der beste Kenner aller dieser Herstellungsstätten gewesen. Er gibt uns eine Uebersicht über ihre Produkte, über die Verkaufsmethoden, die Reklame und die Marken, er versenkt sich liebend in die Vorbilder, die Motive, die in der plastischen wie in der materiellen Ausschmückung vorherrschen. Sie sind eine volle Selbstdarstellung des Hoflebens mit seinen Unterhaltungskünsten, Jagden, Wasterräden, Spielen, Tänzen, Theaterfreuden usw. im 18. Jahrhundert.

Die Manufaktur hatte bereits eine weitgehende Arbeitsteilung eingeführt, ja man produzierte bereits am laufenden Bande. Große Künstler haben mit ihren Entwürfen das deutsche Tonagrar, wie man die Produkte der Porzellanmanufaktur mit Recht bezeichnet hat, bereichert. Kändler und Meißner sind die hervorragendsten deutschen Modellisten. In Frankreich hoben Falconet und Boucher Entwürfe für Porzellan gemacht. Wir können uns heute kaum noch einen Begriff davon machen, welche hervorragende Rolle das Porzellan in dieser seiner Blütezeit für das ganze europäische Kulturleben gespielt hat. Es diente nicht mehr nur den Luxusbedürfnissen und der Sammelleidenschaft der Großen, nach und nach fand es auch Eingang in die höheren Schichten des Bürgertums mit dem Tee, dem Kaffee und der Schokolade, die nach und nach die altgemohnten heimischen Getränke und Suppen verdrängten.

Es ist unglaublich, was alles für Gegenstände aus Porzellan hergestellt wurden. Von kleinen Knöpfen, sogenannten Galanteriewaren, über die Tabakdosen, die Vasen und die köstlichen Gruppenfiguren bis zum Kronleuchter, Zorn, Kamin und schließlich bis zum lebensgroßen Reiterstandbild! Geräte des täglichen Lebens, die bisher aus Silber, Zinn, Fayence hergestellt waren, wichen jetzt der Ausführung in Porzellan: Tassen, Teller, Schüsseln, Dosen usw. Die Fürsten selber haben dafür gesorgt, daß viele dieser Köstlichkeiten erhalten blieben. In jedem Schloß war ein Porzellan-kabinet eingerichtet (in Charlottenburg und Monbijou haben wir Proben davon), die Erben der fürstlichen Kammern, unsere öffentlichen Museen, bieten uns heute noch in reichster Fülle Beispiele aller jener Manufakturen.

Die schöne, weite Welt

Kondensiert von Marie-Therese

„Schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso.“ Dieser Satz ist leider nicht von mir, sondern von Wilhelm Busch. Hätte mir Wilhelm Busch den Satz nicht weggeknippt, ganz genau so hätte ich mich ausgedrückt. Und alle Leute, die mich immer fragen: „Sie waren doch überall, wo ist es nun am schönsten auf der Welt?“, hätte ich diese Antwort gegeben.

Ich wüßte keinen schönen Punkt der Welt, an den ich mich zurückwünschte. Ich sehne mich immer nur nach dem anderswo. Bin ich im Süden, so will ich nach dem Norden, bin ich im Osten, dann reißt es mich nach dem Westen.

In der Erinnerung ist die Welt da am schönsten, wo man die glücklichsten Erlebnisse hatte. Man steht der Welt nie objektiv gegenüber. Lachen oder Tränen liegen wie Sonne oder Regen auf dem Landschaftsbild.

Und doch... wo, wo war es am schönsten???? Am düstertesten ist das Landschaftsbild in Japan. Wie hingehaucht; die „Inland Sea“ im Frühling, hellblau und rosa getupft. Winzige, blaßgrüne Inselchen, manche so klein, daß nur ein einziges blaßgrünes, krummes Japanbäumlein darauf Platz hat; und an jedem Inselchen hängt ein zartes Rebelschleierchen.

Aber auch eine Landschaft in düsterer Schwermut ist schön. Auch der polnische Acker ist schön; schwere, aufgeworfene Erdböden, schwere tiefe Regenwolken; die Welt in schwarz und grau, voll trübender Nebel.

Schön ist das Inselchen „Baumou“ in der Südsee. Die schlanken Kokospalmen nicken über dem Wasser, nächst streicht der Seewind über das Inselchen und die Palmenkronen zittern im Mondsilber.

Rein, schöner, viel schöner ist der deutsche Schneewald; die schweizer Bergwiese bei schmelzendem Schnee in Millionen bunten Krokusblüten leuchtend.

Schön ist es, in einem italienischen Dörfchen zwischen Mauerlein auf steinigem Pflaster bergauf zu steigen und nichts zu sehen als Mauerlein und tiefes Himmelsblau, und die Spitzen der dunklen Zypressen aus versteckten Gärten.

Schön ist es, oben auf einem New-Yorker Wolkenträger zu stehen, die Stadt zu Füßen und weites Meer und weites Land... ganz, ganz dahinten schlängelt sich der Hudson River in den Himmel hinein. Aber nein, viel, viel schöner ist es im Garten des Rena House zu Füßen der Pyramiden. In ägyptischer Nacht. Da muß man einmal ganz stille stehen und lauschen, dann hört man das Schweigen. Die Stille der Wüste.

Rein, am schönsten, am aller schönsten ist es in Meran, wenn die Obstbäume blühen und der Schnee noch auf den Bergen gliehet. Oder nein: wenn man bei Glendora in Californien um die Bergsee geht und plötzlich durch die Reihen der goldgelugelten Drangebäume das tiefblaue Meer leuchten sieht.

Aber was ist das alles gegen den Sternenhimmel von Canda! Er regnet Silber, strahlt aus Millionen Silbersternen hernieder auf endlos flache Prärie.

O, wie schön ist es am Morgen an der portugiesischen Küste! Vor der Einfahrt bleibt der Dampfer liegen. Der Leuchtturm blinkt noch schwach gegen das erste Sonnenlicht. Portugal im morgentlichen Hellblau, Blauviolett und Grün. Und die Segel der auf Sardinienfang ausziehenden Fischerflotte fliegen gegen die Sonne.

Und schön sind die blauen Berge von Australien. Berge, auf die man nicht hinaufsteigt, sondern von denen man hinuntersteigt in Schluchten. Und zurück, hinauf auf die Paghöhe, der Verbindung mit der Welt. Hinunter zu den Farrenwäldern, zu den Schleiermoosfarnen, zu phosphorleuchtendem Urwaldmoos und riesigen rotglühenden Tulpenteichen.

Und schön ist es unter einem roten Blütenbaum auf einer indischen Dorfstraße, aber es ist auch schön, wenn der Wüstenland über ein marokkanisches Doerffchen liegt. Und es ist schön... einzig, einzig schön!, wenn der Mai in den Tiergarten kommt, und wenn auf den Champs Elyées das Herbstlaub fällt. Oder wenn in Vancouver die riesigen Norfalkannen im Regen tropfen. Oder wenn in den hundertjährigen Gärten bei Casablanca die lila Traubenblüten über die Mauern hängen und rings herum die Störche ganz stille auf einem Bein stehen.

Wo ist es am schönsten, wo? Vielleicht doch draußen auf dem weiten Meer. Wenn der Dampfer gleitet und gleitet und silberne Funken in die tiefblauen Wogen sprüht. Oder ist es nicht doch schöner, wenn im Hafen von Spdneg jubelnd der Tag aufgeht, die Sonne auf die vielen roten Dächer unter Eukalyptusbäumen scheint, die weißen Ferrisboote aus den plätschernden Buchten schlüpfen, hinüber in die große Stadt, in die Arbeit? Schön, traumhaft schön sind die italienischen Seen im Sommerdunst, wenn oben über dem Comersee die Welt voller Maiglöckchen ist.

Manchmal denke ich, nein, am aller schönsten ist doch der Lake Louise in den kanadischen Rocky Mountains, der Bergsee, in den die Wollenfelsen hinunterhängen, umstanden von den höchsten, herrlichen, himmelfürmenden Tannen. Und dann denke ich, nein, vielleicht ist doch der Karersee noch schöner. Der winzige Bergsee in den Dolomiten, buntschillernd wie ein Pfauenauge, ein Farbenwunder. Die schwarzen Tannen werfen schwarze Schatten und die Alpenrosen glühen und die roten Dolomitenspitzen glühen.

Und sagt man in Madeira im Zuckerrohr, so ist das einzig schön. Besonders, wenn eine Riesenspinne ein silbernes Netz gesponnen hat zwischen den Rohren, ein Netz, so groß wie ein aufgespannter Regenschirm, aus feinstem Filigran... man schaut hindurch und die Lichtchen der Küste, ganz, ganz da unten, hängen wie Diamanten im mondübergeglänzten Gewebe.

Rein, jetzt weiß ich es, was am schönsten ist, am aller schönsten auf der schönen weiten Welt. Die englische Wiesenlandschaft, die blühenden Heiden, die blanken Wasserläuschen, die Kottelchen, trüffel, das einzige, einzige, satte Grün Englands... oder ist vielleicht Irland nicht doch noch grüner? und, ach ja, da war ja die Kubbunnenwiese in Südauftritten; die mir so gut gefiel, rund, bis zum Horizont, die Welt eine einzige gelbgetupfte Kubbunnenwiese. O, und der Eibsee in den Bayrischen Alpen, klar bis auf den Grund... im Winter, wenn er zugefroren und man darüber hinweggehen kann... das Eis liegt wie ein Hauch über dem See, auf den man tritt ohne zu sinken, sieht Kiesel und Algen und Baumwurzeln und schwimmende Fische, man sieht das Märchenwunder.

Oh, wenn in Wien im Prater die Kastanien blühen wie Millionen Weihnachtskerzen, und wenn es Sommer wird, hoch, ganz hoch oben in Moska, die Bergflühen aufstauen und über die Steine springen und riesige Bachforellen, hopp, hinüber über Stein und Wellen, und rings herum die stille Einfamkeit.

Wenn der Wind über die Nordsee pfeift und wenn das Gewitter dreinschlägt in den Tropenwald und eine hohe Wolke zersplittert, dann ist die Welt herrlich in ihrer Kraft... wo, wo ist es am schönsten?

Anderswo? Nein, hier, wo ich gerade bin, im Jubel des Heute, am Timmendorferstrand, am milden, zarten, reinen Ostseestrand. Und hier bin ich sowieso.

Glücklich, für wen die Welt nur diese vier Wände hat: Nord, Süd, Ost, West. Und oben und unten der Himmel darüber.

Friedrich Weigelt / Schulgeschichten:

Die Brille

Heller Jubel schallte über den Schulhof. Knaben und Mädchen rangen um den Sieg im Ballspiel, und jeder Treffer löste einen lauten Beifall bei der Siegerpartei aus. An den Jaun gelehnt, schaute der Lehrer sinnend dem Spiel zu. Er beobachtete seit einer geraumen Weile das Verhalten der kleinen Margot. Was war das vor einem Jahre noch für ein ausgelassenes Mädel gewesen. Mit jedem Jungen hatte sie es aufgenommen. Kein Jaun, kein Baum war ihr zu hoch gewesen, selbst vor Kaufereien hatte sie sich nicht gescheut. Damals war sie die maßgebende Führerin des weiblichen Teils der Klasse gewesen, eine Führerin, die auch den Jungen Respekt abnötigte.

Und nun? Kopfschüttelnd sah der Lehrer, wie sie ängstlich dem Ball auswich, wie sie den Gang scheute, sich möglichst abseits hielt, weil sie kaum beachtet wurde, wie das ganze Spiel ohne ihre frühere Aktivität ausgefochten wurde.

Was konnte doch ein Jahr an einem Kindesgemüt ändern! Er hatte es alles kommen sehen und doch nicht zu ändern vermocht. Die Umwandlung begann, als Margot im vorigen Jahre an Masern erkrankte. Leider hatten ihre Augen dabei gelitten, und als sie wieder aufstand vom Krankenbette, da mußte sie eine Brille tragen. Nach kurzer Zeit hatte sich das Mädel daran gewöhnt und ihre alte Behendigkeit, Lustigkeit und ihr frohes Lachen wiedergewonnen.

Da wurden ihr eines Tages beim Spiel die Augengläser zertrümmert. Verantwortlich konnte niemand gemacht werden, da Margot selbst die Schuld an dem Unfall trug. Schüchtern wagte sie sich nach Hause. Wenngleich sie sich der Tragweite des Unglücks nicht bewußt war, so ahnte sie doch, daß ihr Vater sehr böse sein würde. Er war ein armer Mann und hatte sich redlich zu quälen, um das Brot für Frau und fünf Kinder zu verdienen. Margot hätte den Schaden am liebsten nur der Mutter gezeigt. Aber die konnte allein auch nicht helfen. So war es schon besser, der Vater erfuhr es gleich. Was geschehen war, konnte jedem passieren. Und allzu teuer stellte sie sich die Gläser auch nicht vor. Als sie aber vor dem Vater stand und ihm den hohlen Rahmen der Brille zeigte, wurde es ihr unter seinem erstaunt zürnenden Blick so schwer, daß sie kein Wort hervorbrachte.

„So—al“ hatte er gerufen und seine Hand zuckte, aber er beherrschte sich noch. „Dafür arbeite ich also die halbe Woche, damit dein Nutzwille das Geld in Scherben zertrümmert. Dafür können die andern dann hungern.“

Margot hatte ihn groß angeschaut und ein tiefes Erschreden durchfuhr sie. Sie hatte nichts dagegen gesagt, als aber die Mutter

beim Mittagessen fragte, ob sie noch einen Teller Suppe wünsche, da hatte sie dankend den Kopf geschüttelt und hungrig entloft.

Ihre Wege sollte niemand, sollten vor allem nicht ihre kleinen Geschwister hungern müssen. Bis in den Schlaf hinein verfolgte sie das Bild, wie sie den andern das Brot vom Munde riß und alle sie vorwurfsvoll anschauten. Wenn sie doch nur arbeiten könnte, um den Schaden, den sie angerichtet hatte, selber wieder gut zu machen. Aber wer brauchte denn solch ein kleines Mädel? Niemals, das gelobte sie sich hoch und heilig und legte dabei die drei Schwurfinger bekräftigend auf ihr Herz, niemals sollte sie ein ähnliches Unglück wieder heimsuchen. Nieber entbehrte sie das Spiel, denn Hunger ist ja viel schrecklicher als alle Strafe. Das merkte sie jetzt, da ihr der Magen knurrte und sie so gern noch etwas gegessen hätte. Aber sollte sie zur Mutter gehen und von ihr dasselbe wie vom Vater hören? Sollte sie sich selbst heimlich etwas holen und die Schuld noch vermehren? Wenn man sie dabei ertappte? Nein — unerschütterlich grub sie dieses „nein“ in ihren Willen hinein. Zähne zusammenbeißen und Tränen herunterklopfen!

Schon am nächsten Tage hatten die Schulkameradinnen diesen Stimmungsumschwung bei Margot bemerkt. Sie sprach kein Wort darüber. Nur dem Lehrer gegenüber, der sie einmal ermunterte, fröhlich wie früher zu sein, entgegnete sie: „Dann geht mir meine Brille wieder entzwei. Vater hat nicht soviel Geld, sie immer machen zu lassen, sonst müssen sie hungern.“

Der Lehrer hatte wehmütig mit dem Kopf geschüttelt und Margot stillschweigend so gelassen, wie sie sich jetzt zeigte. Nur manchmal fing er einen Sehnsuchtsblick ihrer immer noch lebhaften Augen auf, wenn sie dem Spiel der andern zuschaute. Da griffen unwillkürlich oft noch ihre Hände vor, den Ball zu fassen, um aber rasch zurückzuzucken und an die Brillengläser zu fahren. Wenn aber die Klasse beim Ausflug in Wald und Feld herumstreifte, dann brachte Margot oft ihre Brille dem Lehrer, damit er sie aufnehme. Ihre alte Lustigkeit erwachte wieder, bis die anderen ihre unsicheren Bewegungen belächelten. Da zog sie sich traurig zurück.

Eines Tages erschien der Vater Margots beim Lehrer und fragte ihn, ob er ihm nicht sagen könne, was mit seiner Tochter los sei. Sie hätte sich derart verändert, daß es jedem Menschen auffiele und er befürchte, sie sei krank.

Der Lehrer versuchte dem Vater Margots Zustand zu erklären. „Ach so,“ meinte der Vater, „na, dann ist ja das Mädel ganz verständig.“

Die freiherrliche Steuerungsolitik.

Verbraucher- und Bauernruin durch Junkerpolitik.

Im Kabinett Brüning wurden den Bemühungen Schieles, ohne Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft alles für die Landwirtschaft herauszuholen, durch seine Ministerkollegen noch einige, wenn auch ungenügende Hemmschuhe angelegt. Im Kabinett der Barone gibt es für den neuen Reichsernährungsminister Freiherrn von Braun derlei Hemmungen nicht mehr. Jeder Linker wird von seinen Standesgenossen im Kabinett gebilligt, weil sie allesamt der Ansicht sind, daß das, was dem Junker frommt, auch dem Kleinbauern recht sein muß, von dem Verbraucher gar nicht zu sprechen. Das paßt zu der „gottgewollten Regelung der Dinge“, wie der Reichskanzler auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsarates die Herrschaft der Großgrundbesitzer und des Großkapitals auf Kosten der Massen bezeichnete, in deren Namen die Brüning-Regierung gestürzt wurde, als sie die nicht mehr sanierungsfähigen ostdeutschen Großbetriebe zur Besiedlung bringen wollte. Die Gesundung des deutschen Ostens als nebensächlich, die Macht- und Besitzhaltung weniger tausend meist adliger Familien zum Hauptangriffspunkt der Agrarpolitik ansehen, kann aber nur eine Regierung, die jede Rücksicht auf Wahrung der Interessen der Bauern und der städtischen Verbraucher vermissen läßt. Die Ankündigung des Reichsernährungsministers auf dem Genossenschaftstag in Dresden, „die Reichsregierung wolle alles daransetzen, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Siedlung und der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und durch Pflege des Güterausstauschs der Länder untereinander die deutsche Wirtschaft ihrer Gesundung entgegenzuführen“, kann daher nur als politische Schaumslagerei betrachtet werden. Durch alle bisher erfolgten Maßnahmen ist gerade das Gegenteil erreicht worden, nämlich die Benachteiligung der bäuerlichen Wirtschaft und Gefährdung unserer Außenhandelsbeziehungen.

Denn was hat die neue Reichsregierung bisher getan?

Die geplante Verteuerung von Speck und Schmalz

durch die Aufhebung der bisher verhältnismäßig niedrigen Zwischenzölle — bis zum Ablauf des schwedischen Handelsvertrags Speckzoll statt 14 Mark 20 Mark und Schmalzzoll statt 6 Mark 10 Mark, später Schmalzzoll von 50, Speckzoll von 75 Mark — will mit der Einfuhrdrohselung eine Preissteigerung, die einen Rückgang des Konsums zur Folge hat und damit für die Landwirtschaft keinen echten Preisvorteil bringt. Sie bringt auch sonst keinen Vorteil. Die besten Preise werden nämlich beim Verkauf von magerem Fleisch erzielt, weil dieses gegenüber fettem Fleisch von den Verbrauchern bevorzugt wird. Deshalb hat die Landwirtschaft in den letzten Jahren die Schweine nicht mehr auf drei oder mehr Zentner Gewicht gemästet, sondern nur auf zwei Zentner. Wird künftig zur Vermehrung der Speck- und Schmalzherzeugung wieder auf höheres Gewicht gemästet, so erzielt das Fleisch dieser Tiere einen geringeren

Preis. Denn man kann nicht gleichzeitig von einem Tier fetten Speck und mageres Bratenfleisch gewinnen.

Man hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag gekündigt, um diese „Förderung“ der Veredelungswirtschaft zu erreichen. Man will dadurch auch die Einfuhr von Rindern völlig unterbinden, die sowieso schon nur einen geringen Bruchteil des gesamten, auf den deutschen Markt gelangenden Rinderangebots beträgt. Nur um den agrarischen Wünschen, die in diesem Falle rein agitatorischer Natur sind, wird unsere Ausfuhr nach Schweden preisgegeben, wodurch natürlich die Arbeitslosigkeit weiter steigt.

Auch die Erhöhung des Frühkartoffelzolls

von zwei auf vier Mark und die Kontingentierung der Einfuhr auf 70 Proz. des Vorjahresimports ist für die Landwirtschaft nutzlos. Es werden nur die bisherigen Einfuhrländer, hauptsächlich Italien, Holland und Belgien, verärgert, und es wird in Deutschland neue Arbeitslosigkeit erzeugt. Die Preise aber können nicht erhöht werden, da die diesjährige Ausdehnung der Frühkartoffelanbaufläche um 9000 Hektar schon eine Mehrproduktion von 110 000 Tonnen bringt, so daß, wie der deutsche Landwirtschaftsrat selber mittels, das Ausland keinen Anreiz zur Belieferung des deutschen Marktes mehr findet und versucht, seine Kartoffeln anderweitig unterzubringen.

Geradezu lächerlich ist es aber, wenn der Reichsernährungsminister andauernd von seinem „entschlossenen Willen, die katastrophale Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft erträglich zu gestalten“, redet, aber nichts Eiligeres zu tun hat, als

das wichtigste Schweine- und Hühnerfutter zu verteuern.

Der Monopolpreis für Mais wurde von 140 Mark auf 180 Mark erhöht, das einzige, in jeder Menge verfügbare Hühnerfutter, die Hirse (Dart) wurde in die Monopolbewirtschaftung miteinbezogen, um es zu verteuern. In den Kreisen der Geflügelhalter herrscht berechtigter Empörung, denn der Vorteil der auf Betreiben der Sozialdemokratie unter dem Kabinett Brüning durchgeführten Hühnerweizenverbilligung wird hierdurch wieder zunichte gemacht.

Das gleiche unmahre Geschwätz von der Förderung der bäuerlichen Wirtschaft findet sich in der Regierungserklärung, in der die

Verkoppelung von Inlandsergerte und Russenroggen

der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft verkündet wird. Der Abgabepreis beträgt für zwei Tonnen dieses Futtergemisches 320 M. je Tonne, wovon auf Gerste 170 M. und auf Roggen 150 M. je Tonne entfällt. Die Inlandsergerte wird gleich geliefert, der Roggen aber erst im Winter. Das ganze ist nichts anderes als eine Stützung

des Gerstemarktes und eine Verteuerung der Gerste für die Schweinemäster, da die Gerstepreise sofort nach Bekanntwerden der Aktion in beträchtlichem Ausmaß gestiegen sind. Der jetzt statt zuverbilligter Gerste gelieferte Auslandsroggen hat einen Preis, der noch um 90 M. je Tonne über dem Weltmarktpreis liegt, so daß das Reich ein gutes Geschäft dabei macht, die Veredelungswirtschaft aber bis über die Ohren eingeseift wird.

Ein ganzes Schock von Maßnahmen dient ausdrücklich zur Preishochhaltung bei Getreide.

gerade weil die Ernte besser ausfällt! Auch sie dienen in erster Linie den Junkern, nützen dem Bauern wenig und schädigen den Verbraucher.

Zur Verringerung des Angebots sollen die Kreditinstitute die Fälligkeiten der Wechsel möglichst hinausschieben. Die Reichsbank soll die Verlängerung landwirtschaftlicher Wechsel möglichst wohlwollend behandeln, wenn der landwirtschaftliche Schuldner an der Einlösung verhindert ist. Um den Getreideproduzenten die Zurückhaltung der Ernte zu ermöglichen, werden den Genossenschaften 50 Millionen, den Getreidekreditbanken 10 Millionen für die Bevorschussung von Getreidelieferungen, den Mühlen 40 Millionen zur Finanzierung des Getreidegeschäfts von der Reichsbank an Krediten zur Verfügung gestellt.

Zudem werden die Lagerkosten und die Zinslast durch Reichszuschüsse verbilligt. Auch werden ebenso wie im Vorjahr Ausfuhrschine für Weizen und Roggen erteilt. Um den Mühlen einen Anreiz zu bieten, möglichst viel Weizen einzulagern, wird der im allgemeinen auf 97 Proz. festgesetzte Vermahlungszwang für Inlandsweizen, für die Mühlen, die eine bestimmte zufällige Einlagerung vornehmen, ermäßigt, und zwar können sie bis zu 30 Proz. ausländischen Austauschweizen vermahlen. Der Zoll für Hartweizen zur Orisierherstellung ist zum Schutze des deutschen Weizens auch schon von 11,25 M. auf 16 M. erhöht worden. Zur Verstärkung des Roggenkonsums ist die im letzten Frühjahr zur Streckung der Roggenvorräte eingeführte hohe Ausmahlungsvorschrift wieder aufgehoben worden, von der man eine Erhöhung des Roggenverbrauchs um 240 000 Tonnen erhofft.

Von der Frage der Besiedlung der überschuldeten Rittergüter in Ostelbien angefangen bis zu den Maßnahmen zur Hochhaltung der Getreidepreise — die agrarpolitische Haltung der Adelsregierung ist die gleiche. Aus jeder Maßnahme geht hervor, daß die Reichsregierung gewillt ist, zum Schaden der Bauern und der gesamten Volkswirtschaft die Interessen der Junker zu wahren. Ob der Konsum weiter schrumpft und das Einkommen der gesamten Landwirtschaft zurückgeht, ist gleichgültig, wenn nur dem ostelbischen Junkertum sein Besitz und eine Rente gesichert werden. Die Lächerlichkeit der Maßnahmen wird sich an der Landwirtschaft selber rächen. Bauern und Arbeiter müssen aber schon am 31. Juli das Gericht an den Verantwortlichen vollziehen.

Zementabsatz bleibt niedrig. Die vom Zementbund bereits für Mai gemeldete neue Steigung des Zementabsatzes hielt im Juni an. Es wurden im Juni 323 000 Tonnen abgesetzt gegen 324 000 Tonnen im Mai und noch 449 000 Tonnen im Juni vorigen Jahres.

ALLE TABAKE SIND AUSNAHMSLOS

Doppelt fermentiert.

Durch die doppelte Fermentation sämtlicher Tabake dieser Mischung gewinnen unsere Mustercigaretten Reemtsma Sorte »R6« o/M das Äußerste an Reinheit, Milde und Bekömmlichkeit.



**REEMTSMA
SORTE**

»R6« %M

ECHTE CIGARETTEN OHNE MUNDSTÜCK SIND KEIN LUXUS MEHR!

ERNTEN 27 BIS 30 + MUSTERCIGARETTEN + MISCHUNGSNUMMER R6 o/M

Diese Cigaretten werden in den neuen Fabrikationsanlagen des technischen Musterbetriebes in Altona-Bahrenfeld hergestellt. Die Lieferung ist zunächst beschränkt. Der ungewöhnlich zarte und reine Charakter dieser Mischung beruht darauf, daß sämtliche Tabake zweimal fermentiert wurden. Es wird ausschließlich ohne Mundstück hergestellt. Die Hauptvertriebsstellen sind aus folgenden Distrikten:

**REEMTSMA
SORTE**

Ostpr. u. Westpr. (Pommern, Ost- u. Westpreußen),
Akkonien, Südrussland, Bessarabien, Rumänien.

Die Cigaretten sind Muster der doppelten Fermentation und neuer Fabrikationsmethoden, die zugunsten der Abgabefähigkeit, der Aromatik und der Haltbarkeit auf die besten Materialien und Maschinen beruhen.

REEMTSMA CIGARETTENFABRIKEN G.M.B.H. ALTONA-BAHRENFELD

Wahrheit über den Wohlfahrtsstaat.

Deutsche Arbeiter zahlen viel höhere Steuern als die französischen und englischen.

Das Statistische Reichsamt hat in „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 12 kürzlich eine Untersuchung über die Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien veröffentlicht, die ebenfalls zeigt, was von Papens bösem Schlagwort vom deutschen „Wohlfahrtsstaat“ zu halten ist. Die Untersuchung zeigt nicht nur, daß die durchschnittliche Steuerbelastung in Deutschland sehr viel höher als in den beiden Vergleichsländern ist; sie zeigt vor allem, daß die

niedrigen Einkommen in Deutschland ganz unverhältnismäßig stärker belastet sind als die hohen Einkommen.

Der Vergleich der drei Länder zeigt, daß die Freigrenzen bei der Einkommensbesteuerung in Frankreich und England mehr als dreimal, in England bei einem Verheirateten mit zwei Kindern fast fünfmal so hoch sind wie in Deutschland.

Steuerfreigrenzen nach Abzug der Werbungskosten (in Mark)

Für	Deutschland	Frankreich	Großbritannien
1. Einzelperson	720	2 241	2 396
2. Verheiratet, m. 2 Kind.	1 200	4 257	5 750

Das bedeutet, daß ein französischer oder englischer Arbeiter dreimal so viel wie sein deutscher Genosse verdienen darf, ehe er einen Pfennig Steuern zahlt. Das Verhältnis wird dadurch noch viel schlimmer, daß es in Deutschland für die Bürgersteuer überhaupt keine Freigrenze gibt!

Um nun einen einigermaßen vollständigen Vergleich zu bieten, hat das Statistische Reichsamt den Einkommensteuern nicht nur die Sozialbeiträge (die ja als Zwecksteuer angesehen werden können) hinzugezählt, sondern auch die Steuerbelastung von Verbrauch und Aufwand (etwa durch Bier-, Zucker-, Vergnügungssteuern und durch die Zölle) zu ermitteln gesucht. Die Gesamtbelastung der Einkommen in den drei Ländern zeigt sich in folgender Uebersicht:

Belastung der Löhne und Gehälter durch Steuern und Beiträge (in Proz. des Einkommens)

Bei einem Einkommen	Deutschland		Frankreich	Großbritannien
	Arbeiter	Ungehörige		
1. einer Einzelperson von 1 500 M.	23,67	23,40	8,02	10,06
„ 4 000 „	21,12	18,62	5,44	9,26
„ 10 000 „	—	17,54	9,91	13,71
„ 50 000 „	—	35,00	21,02	23,74
2. eines Verheirateten mit 2 Kindern von 1 500 M.	21,34	21,07	9,90	12,48
„ 4 000 „	17,50	15,00	6,06	5,86
„ 10 000 „	—	13,67	6,05	7,36
„ 50 000 „	—	31,25	16,77	22,47

In Deutschland muß ein Verheirateter mit zwei Kindern bei einem Einkommen von 1500 Mark 21 Prozent an Steuern und Beiträgen zahlen, in Frankreich noch nicht 10, in England noch nicht 13 Prozent. Bei 4000 Mark Einkommen hat der deutsche Arbeiter 17,5 Prozent, der französische 6 und der englische weniger als 6 Prozent zu zahlen. Denn der französische und der englische Arbeiter zahlen dann noch gar keine Einkommensteuer, da ihr Einkommen die Steuerfreigrenze noch nicht erreicht (siehe Tabelle 1).

sondern sie werden nur durch Zölle, Verbrauchssteuern und Sozialbeiträge belastet.

Während die kleinen Einkommen in Deutschland unerhört viel schärfer besteuert werden, etwa dreimal so stark wie in England und Frankreich, wird der Unterschied in der Besteuerung mit zunehmendem Einkommen wesentlich kleiner. Bei einem Einkommen von 50 000 Mark zahlt die Einzelperson in Deutschland 35 Prozent, in Frankreich 21 Prozent und in England 24 Prozent ihres Einkommens als Steuern; das deutsche Einkommen in dieser Höhe ist also nur um die Hälfte mehr belastet als das französische und englische.

Wir ergänzen diese Feststellungen noch durch eine frühere Veröffentlichung („Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1930, Nr. 14). Darin wird untersucht, wieviel vom Gesamtaufkommen an Einkommensteuern auf die einzelnen Einkommensklassen in diesen drei Ländern entfällt, wieviel von der Gesamtsumme die kleinen, die mittleren und die großen Einkommen aufbringen.

Anteil der Einkommensklassen am Gesamtsteueraufkommen (in Prozent)

Einkommen:	Deutschland 1927	Frankreich (1928)	Großbritannien (1919/20)
bis 1800 Mark	24,6	1,9	0,5
1800 — 4000 „	23,0	5,3	4,8
4000 — 12000 „	17,5	13,8	12,9
12000 — 50000 „	18,3	32,3	27,6
über 50000 „	16,6	46,7	54,2
	100,0	100,0	100,0

Aus dieser Tabelle, die im wesentlichen auch für heutige Verhältnisse zutrifft, geht hervor,

daß die Wenigverdiener mit einem Einkommen bis zu 1800 M. in Deutschland fast genau ein Viertel oder 75 Prozent der Gesamtsumme an Einkommensteuern aufbringen, in Frankreich aber noch nicht 2 Prozent, in England gerade ein halbes Prozent!

Dabei ist noch zu bemerken, daß diese Beträge in Deutschland dem Arbeitseinkommen entnommen werden, in England und Frankreich aber dem Einkommen aus Zinsen und Dividenden. Andererseits bringen die Vielverdiener mit einem Einkommen von mehr als 50 000 Mark in England mehr als die Hälfte (46,7 Prozent) des gesamten Einkommensteuerbetrages auf, in Deutschland aber noch nicht 17 Prozent!

Wir wissen sehr wohl, daß Frankreich und England eine größere Zahl von Vielverdienern haben als Deutschland. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die breiten Schichten der kleinen Einkommen in Deutschland in sehr viel stärkerem Maße zur Deckung der Staatsausgaben herangezogen werden als in Frankreich und England. Das ändert auch nichts daran, daß wir Sozialdemokraten nach wie vor eine stärkere Entlastung der kleinen Einkommen anstreben werden. Das ändert auch nichts an der Unwahrheit und Ungerechtigkeit des Schlagwortes der Freiherrnregierung vom deutschen Wohlfahrtsstaat zugunsten der Arbeiter und sonstigen Versicherungspflichtigen, das zum jetzigen Glend der Massen auch noch den Hohn gefügt hat. Einen Hohn, für den das arbeitende Volk die Regierung der Barone und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer am 31. Juli gründlich zur Rechenschaft ziehen wird.

Ein 10-Milliarden-Dollar-Trust.

Zusammenschluß der vier größten amerikanischen Bahnen. Bisher war die Deutsche Reichsbahn A.-G. mit einem Kapital von 25 Milliarden Mark das größte Unternehmen der Welt. Damit ist es jetzt vorbei. Die vier größten amerikanischen Eisenbahnlinien werden zu einem Trust verschmolzen, der nicht weniger als 10 Milliarden Dollar oder 42 Milliarden Mark Kapital haben wird.

Es handelt sich um folgende Bahnen: die Pennsylvania Bahn, New York Central Bahn, Baltimore & Ohio Bahn und die Chesapeake & Ohio-Richtel Plate-Bahn. Damit wird mehr als zwei Fünftel des ganzen amerikanischen Eisenbahnkapitals mit einem Schienenweg von 53 000 Meilen Länge — das ist fast das Doppelte des Schienenweges der Reichsbahn — und eine einheitliche Leitung gebracht und die bisher schwarze Konkurrenz unter diesen Bahngesellschaften ausgeschaltet. Die staatliche Aufsichtsbehörde, die Interstate Commerce Commission, hat den Zusammenschluß genehmigt.

Die Konsumvereine im Juni.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine meldet für den Monat Juni eine leichte Steigerung des Umsatzes. Bei den berichtenden 153 größeren Konsumvereinen hat sich vom Mai zum Juni der Gesamtumsatz von 49,65 auf 51,29 Millionen Mark und der Umsatz je Mitglied von 22,88 auf 24,04 Mark erhöht.

Papens Arbeitsbeschaffung.

50 Millionen für Wassertrassen und 60 Millionen für Landstraßen. In Durchführung der Notverordnung vom 15. Juni wird die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. den Bau von Wassertrassen mit 50 Millionen und den Bau von Landstraßen mit 60 Millionen finanzieren. Die Arbeiten sollen in der Hauptsache als Notstandsarbeiten, in geeigneten Fällen auch im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden.

Heute Dampferfahrt

Bezirksverband Berlin der SPD.
Abfahrt 13 $\frac{1}{2}$ Uhr (1 $\frac{1}{2}$ Uhr) für die Nummern 1—1000 ab Waisenbrücke, für die Nummern 1001—3000 Abfahrt ab Oberbaumbrücke. Karten für Kinder und Erwerbslose gelten sowohl ab Waisenbrücke wie auch ab Oberbaumbrücke. Abfahrt auch von Schönevide, Treskow-Brücke und von Köpenick, Luisenhain. Karten für Dampfer sind noch an den Abfahrtsstellen zu haben. **Die Frauenleiterinnen, die noch nicht abgerechnet haben, werden gebeten, unbedingt heute vormittag noch mit dem Frauensekretariat abzurechnen.**
Das Frauensekretariat

Pyrmont, Bad
Lage und Klima: Pyrmont liegt 120 m hoch in der nordwestdeutschen Mittelgebirgslandschaft, zwischen dem Teutoburgerwald und dem Weserbergland, in einer reinen Südlage am Abhänge des 360 m hohen Bommerges. Wälder bedecken die Rücken und Hänge der umliegenden Berge. Diese Gestaltung der Landschaft schafft ein ausgesprochenes Schönheitsklima.
Reiseweg: Pyrmont liegt an den Saale-Schwämmen—Eiberfeld—Köln und Tenbröken—Kassel—(Frankfurt), und ändert durchgehende Kurswagen.
Dampf (75 km).
Kurmittel und Heilanzeigen: Die Heilbad liegt nicht allein in der Heide- und Moorlage, sondern in der eigentlichen Bedeutungsvollen Kombination stark kohlensäurehaltiger Bäder mit der Reihe der Heilquellen, sowie Heilbäder wie die altberühmten CO₂-Bäder Mittel zur Heilung von Bluthochdruck, Nervenkrankheiten, Arteriosklerose, Durch eine Trinkkur aus dem Stahlquellen regeneriert sich das erkrankte oder verdünnte Blut; Chlorosen, Eisen- und Anämien, auch die schweren Formen, gehören nach Pyrmont. Die Solquellen liefern heilsame Bäder für die funktionelle und Stoff-

Gallenleiden und bei Bluthochdruck. Die Heilwertigkeit des Pyrmont-Eisenmoors, sein Reichthum an gelösten Stoffen sind wissenschaftlich erwiesen und anerkannt.
Ein Blick auf diese segensreiche Reihe läßt nun auch die

Ob Heilbad, See oder Gebirge — — —
verlangen Sie vor und während jeder Reise das
Reichs-Bäder-Adreßbuch!
In allen Reisebüros, größeren Hotels, Kur- oder Badeverwaltungen kostenlose Einsicht.
Preis des 1000 Seiten starken Werkes mit ca. 1200 Abbildungen in Kupferdruck RM 7,50 einschließlich Porto. — Verlag Reichs-Bäder-Adreßbuch, Berlin SW 68

Die Lage der amerikanischen Eisenindustrie.

In Heft 29 der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ werden die Produktionsergebnisse der amerikanischen Eisenindustrie für das erste Halbjahr 1932 mitgeteilt. Danach ist die Schwerindustrie der Vereinigten Staaten zur Zeit noch schlechter beschäftigt als die deutsche, die ja in den Russenaufträgen vorläufig einen gewissen Rückhalt hat.

Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Eisen- und Stahlwerke ist zeitweilig nur zu 12 Prozent ausgenutzt gewesen. Die Beschäftigung hat sich im Juli zwar etwas gebessert, ist aber nicht über 20 Prozent der Leistungsfähigkeit hinausgegangen. Diese katastrophale Lage hat ihren Grund darin, daß die Hauptabnehmer der Schwerindustrie — die Bauwirtschaft, die Eisenbahnen, die Kraftfahrzeugindustrie — jetzt so gut wie nichts abnehmen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 $\frac{1}{2}$ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis. Heute müssen die Abteilungsleiter die Karten zur Nachtvorstellung um 17 Uhr beim Genossen Ernst, Charlottenburg, Uferstr. 49, abholen.
11. Kreis. Die SPD unseres Bezirks geht auf Landtagung nach Erfner. Sie erwartet die Unterstützung leitens unserer Genossen. Treffpunkt heute, 18 und 20 Uhr, Bahnhof Schönberg, Bahnstr. 1 R. Für die Agitation auf dem Südgelände treffen sich alle Genossinnen und Genossen Sonntag, 24. Juli, 14 Uhr, Seehausen am See, Pflanzweg.
20. Kreis. Die heutige Rundgebung auf dem Brodengelände in Reinickendorf-West findet nicht statt, da die polizeiliche Genehmigung nicht erteilt wurde.
10. Kreis. Admung, neues Lokal! Nur heute von 18 bis 20 Uhr Flugblattverbreitung bei Pflug, Pflanzstr. 41. Alle Genossen und Genossinnen müssen sich daran beteiligen.
48. Kreis. Heute, 18 Uhr, bei Koller, Fürstenstr. 1, Flugblattverbreitung. 20 Uhr Funktionärstreffen.
36. Kreis. Sämtliche Genossen treffen sich heute, 19 Uhr, bei Koller.
10. Kreis. Die Genossinnen und Genossen treffen sich heute, 17 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den bekannten Lokalen.
34. Kreis. 17 $\frac{1}{2}$ Uhr Funktionärstreffen bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31.
38. Kreis. Heute, ab 18 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.
92. Kreis. Bezirksleiter, Einblendungen bei Wolf abholen.
108. Kreis. Heute Materialanfrage (Fohlen etc.) zwischen 18 und 19 $\frac{1}{2}$ Uhr im Patzerheim, Schloßstr. 27.
124. Kreis. Sonntag, 24. Juli, 4 Uhr, Flugblattverbreitung von Lokal Anders aus.
125. Kreis. Heute, 18 Uhr, treffen sich alle Parteimitglieder in ihren Wohnlokalen. Abfahrter 18 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Sehn.

Frauenveranstaltungen.

91. Kreis. Treffpunkt zur heutigen Dampferfahrt nur 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Berliner Ecke Hermannstraße.
104. Kreis. Wir treffen uns 13 $\frac{1}{2}$ Uhr an der Treppenhalle zur Dampferfahrt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Die morgigen, Sonntag, 24. Juli, heimkehrenden Familien haben gegen 18 Uhr hier und Freitag ab und treffen gegen 20 Uhr am Bahnhof Prenzlauer Allee ein.
Jede, Kinder-Kreuzfahrt! Montagsfest Sonntag, 24. Juli, zwischen 14 und 14 $\frac{1}{2}$ Uhr Rundfunkübertragung aus unserer Kinderrepublik! Montagsfest bei Koller. Unsere Familien erzählen und singen von ihrem Leben und Treiben aus ihrem Staate.
Kreis Friedbergshain. Sonntag, 7 Uhr, Treffpunkt Schloßstr. Bahnhof Ecke Treppenhalle zur Kreisfahrt. Treffpunkt 15 Uhr, alle anderen 20 Uhr.
Kreis Kreuzberg. Die bei Frieda Schmitz gemeldeten Eltern treffen sich am Sonntag, dem 24. Juli, um 7 Uhr am Kolliner Platz („Vorwärts“-Häuschen) und um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Antonplatz am Seehausen. Morgen Rundgebung der Partei im „Eisenwäldchen“, Rantzenfeldstr. 11—12, Beginn 15 Uhr.
Kreis Stöckh. Autosfahrt Uebersee für Eltern und Kinder Sonntag, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Händelplatz.
Kreis Prenzlauer. Treffpunkte zur Autofahrt: Niederhöhenhausen 7 Uhr, Treppenhalle, Pankow: 7 Uhr Marktplatz, Buchholz: 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Rote Ecke.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

41. Kreis. Unser lieber Genosse Otto Schmidt, Bella-Platz-Str. 84, ist nach schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren verstorben. Erhebe seinen Ruhenden. Die Einäschung findet Sonntag, 25. Juli, 13 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt. Um rege Beteiligung bittet die Abteilungsleitung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Heute, Sonntag, 23. Juli:

- Kottbusser Tor: Urbanstr. 107, Reichstagsgebäude — Seemannsklub: Treffpunkt 19 $\frac{1}{2}$ Uhr „Rote Ecke“.
Kreuzberg: Treffen: Kolliner Platz, 4. 19 $\frac{1}{2}$ Uhr Leben des Kampflichen „Eiserne Front“, Koller. Treffpunkt!
Kreuzberg: Treffen: Treffpunkt zur Landtagung nach Erfner: Bahnhof und Kolliner Platz 18 Uhr, Bahnhof Schönberg, Bahnstr. 1 R. Treffpunkt 20 Uhr ebendort. Um 18 Uhr rechnen auf Unterführung der benachbarten Bezirke.
Kreuzberg: Treffen: Treffpunkt der Spielgruppe 20 Uhr Göggestraße, 18 Uhr Treffpunkt Berliner Straße zum Sozialingenieur. Morgen Rundgebung der Partei im „Eisenwäldchen“, Rantzenfeldstr. 11—12, Beginn 15 Uhr.
Kreuzberg: Pankow: Morgen Treffpunkt 15 Uhr mit Fahrern am Marktplatz. Besuch der Rundgebung in Blankenfelde.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**
Gesellschaftliche: Berlin S. 14, Seckelstr. 37—38, Hof 2 R.
Prenzlauer Berg, Kameradschaft Hermannplatz. Unser Jungbannführer Hans Reich ist verstorben. Begräbnung Sonntag, 23. Juli, 14 Uhr, am dem Städtischen Friedhof Reinickendorf-Str. 1, Humboldtstraße, Erlenstraße, Pflanzstr. — Pankow (Dresdenerstr.) Ab Montag, 27. Juli, fallen die Turnhallenabende bis zum Anfang August aus. Nächster Abend also am Montag, dem 8. August, in gemachter Turnhalle. — **Wasserpostabteilung.** Zug Kottbus, Sonntag, 24. Juli, Bogartreffen in Vopenberge. Gemeinsame Rückfahrt 17 Uhr von Bürgerstraße. Pflanzstr. Veranstaltung.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.

Grißstraße: RD. 43, Jockstr. 4. Telefon: E 3 Rüdigerstr. 5446.
Admung, Augenärztliche Behandlung der Feuerwache Stadtholmer Straße 3 am Sonntag, dem 24. Juli, 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Gäste können an der Behandlung teilnehmen.

Wetter für Berlin: Weiterhin mäßig warm und wechselnd mäßig mit Neigung zu örtlichem Gewitterregen, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: Allgemein Fortdauer des herrschenden Bitterungscharakters.

Sanatorien
Kurhaus San-Rat Dr. Hölscher, Am Kaiserplatz 3, Vornehmes, altbek. Haus direkter Nähe des Kurp. d. Bades. Quellen. Behagl. einger. Zimmer, Kl. mit z. T. gedeckten Balkonen. Gesellschaftsräume m. gedeckter Terrasse. Zentralhgz. Fließ. w. u. Wasser. Vorzügl. Verpf. vom 15. April 15. Oktober geöffnet. (Siehe Bildaufnahme.)
Kurpensionen
Bathildis. Dr. Kabitz. Bathildis Str. 3, Tel. 230. Behagl., vornehme Pension in ruh. Südlage. 2 Min. v. Bades. Kuranlagen u. Trinkquellern Warmwasserheizung. Bad. Fast sjmt. Zimmer m. Balk. o. Logg. Sorgf., best. Verpf. Auf Wunsch Diät. Freundl. gefl. Bedienung. Preise von 7—10 P* (Siehe Bildaufnahme.)